

Sozialdemokrat.

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Sabitzkova nám. 32. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 18— Kz, Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag, vierteljährlich 48— Kz, halbjährig 96— Kz, ganzjährig 192— Kz. Für Deutschösterreich monatlich 120— SK, für Deutschland 16— Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh. Postpartassatonto 57644.

Der Kampf der Bergarbeiter.

In der Zeit des Krieges hatte die Arbeiterschaft ein unermeßliches Maß von Leiden zu ertragen. Nicht nur waren Millionen im Felde unerträglich Qualen preisgegeben, nicht nur mußten Frauen und Kinder der eingetragenen Arbeiter einen schier hoffnungslosen Kampf gegen den Hunger führen, sondern das bürgerliche Recht, das sich die Arbeiterschaft in jahrzehntelangen opfervollen Kämpfen errungen hatte, wurde mit Füßen getreten, das Kriegsleistungsgesetz hob mit einem Schlag alle sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterschaft auf. Und gerade die Bergarbeiter waren es, die am meisten unter den Tüden und Mühen dieses Gesetzes zu leiden hatten. Auf den Schächten geboten Offiziere, Maschinengewehre waren aufgestellt, die Widerstehenden unter das Geßel des Militarismus zu zwingen, die Freizügigkeit war aufgehoben, die Möglichkeit, die Löhne den gestiegenen Warenpreisen anzupassen, fast verschüttet. So kam es, daß in den Hungertagen des Sommers 1918, da man schon die Sturmzüge der Revolution rauschen hörte, der Reallohn des Bergarbeiters bis auf ein Viertel dessen herabsank, was er in der Zeit des Friedens verdient hatte.

Das Ende des Krieges hat die Bergarbeiter aus dem Zustande dumpfer Verzweiflung befreit, in dem sie bis dahin gelebt hatten. Den drei Bergarbeiterorganisationen gelang es, fast sämtliche Bergarbeiter für die Gewerkschaften zu gewinnen. Die drei Organisationen schlossen sich zu einer Koalition zusammen und so war es möglich, eine eiserne Front des Grubenproletariats gegenüber den reichen Bergherren aufzustellen, den Bergarbeitern eine bessere Lebenshaltung zu erkämpfen. Wie wohl noch lange nach dem Kriege der Reallohn der Bergarbeiter die Friedenshöhe nicht erreicht hatte, gelang es ihnen dennoch eine schrittweise Erhöhung der Löhne durchzuführen, den Absolutismus auf den Schächten zu brechen, die Anerkennung ihrer Organisation durchzusetzen, die Arbeiter zu einem gleichberechtigten Faktor auf den Gruben zu machen. Die Bedeutung, welche die Kohle für den Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem Kriege hatte, die unerschütterliche Solidarität der Bergarbeiter, ihre zielbewusste Führung durch die koalitierten Verbände brachten es mit sich, daß die Grubenarbeiter als erste die große gewerkschaftliche Errungenschaft der Nachkriegszeit, die Betriebsräte zu erkämpfen vermochten. In den gewerkschaftlichen Kämpfen der Nachkriegszeit bewährten sich die Bergarbeiter als die Vorkämpfer der Arbeiterklasse.

Die Erfolge, die die Bergarbeiter nach dem Kriege zu erringen vermochten, waren mit einer Folge der guten Konjunktur im Kohlenbergbau. Die Welt lechzte nach Kohle, die Bergwerke konnten nicht genug fördern. Seit Ende des vorigen Jahres haben sich jedoch die Verhältnisse geändert, nicht Mangel, sondern Ueberschuß an Kohle ist vorhanden. Die allgemeine Wirtschaftskrise hat den Kohlenverbrauch der Industrie im Inland gemindert, sollen die Bergwerke ihren vollen Betrieb aufrecht erhalten, muß ein Teil der erzeugten Kohle exportiert werden. Die böhmischen Braunkohlengruben haben in der letzten Zeit durchschnittlich ein Drittel ihrer Kohle in das Ausland verschifft, der restlichen Kohle in das Ausland verschifft. Der Rest ist aber nun zu einem Hindernis des Exports geworden, die Exportgewinne der Bergwerksbesitzer und des Staates sind

Ein tschechischer Gewaltakt gegen ungarisch-kommunistische Austauschgefangene.

Protest der russischen Sowjetregierung.

Moskau, 18. November. Die Tschechoslowakei hat den zweiten Transport ungarischer Kommunisten, der sich auf der Reise nach Rußland befand, an der Grenze angehalten und wieder nach Ungarn zurückgeschickt. Tschitscherin hat den Sowjetvertreter in Prag beauftragt, bei der tschechoslowakischen Regierung Protest einzulegen auf die sofortige Durchlassung des Transportes zu bringen und die Regierung

zu verständigen, daß er ihr Vorgehen als offenkundig unfreundlichen Schritt betrachten müsse.

Zu dieser Meldung erfährt das tschechische Preßbureau von „berufener Seite“: Während der Mobilisierung wurden natürlich keine Transporte aus Ungarn weiter expediert, aber auch nicht zurückgeschickt; jetzt, nach der Demobilisierung, ist die Weiterbeförderung der Transporte aus Ungarn wieder aufgenommen worden.

Deutschlands Budget.

Feuer 112, nächstes Jahr 234 Milliarden für Reparationen. — Defizit 161 Milliarden.

Berlin, 19. November. (Tsch. P. B.) Der Reichsrat beschäftigt sich mit dem dritten Nachtragset für 1921. Dieser enthält zum ersten Male einen Betrag für die im Rechnungsjahre 1921 zu leistenden Reparationszahlungen, die nunmehr im ordentlichen Etat 95,1 Milliarden und im außerordentlichen 17,1 Milliarden erfordern. Bei einem weiteren Sinken der Mark ist noch mit einer Erhöhung dieser Summen zu rechnen. Der Reichsausschuß für Post- und Eisenbahnen macht gegen 20 Milliarden aus. Der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages enthält außer Reparationsausgaben an Besatzungskosten noch 5,8 Milliarden Mark, für die interalliierten Kommissionen 1,2 Milliarden. Die interalliierte Rheinlandkommission kostet allein 198 Millionen, die Reparationskommission 800 Millionen Mark im Jahre. Alles in allem gerechnet, ergibt sich für 1921 ein Fehlbetrag von 161,6 Milliarden, wobei zu berücksichtigen ist, daß im nächsten Etat für 1922 die Reparationslast im vollen Betrage erscheinen wird. Es wird als dann mit einer Jahresausgabe für Reparationen von 234,2 Milliarden Mark zu rechnen sein, für ein einziges Jahr also so viel, als die gesamte französische Kriegsschuldigung nach dem Kriege von 1870/71 betrug. Dazu kommen noch die Leistungen auf Grund des Wiesbadener Abkommens. Das Ergebnis der zur Zeit dem Reichstage vorliegenden neuen Steuervorlagen reicht nicht in entferntesten aus, um den Fehlbetrag auch nur des ordentlichen Haushaltes auszugleichen.

Der Reichsanwalt an die Reparationskommission.

Berlin, 19. November. Der Reichsanwalt hat heute der Reparationskommission vor ihrer Abreise folgendes Schreiben übergeben: Die deutsche Regierung geht davon aus, daß es an und für sich nicht dem Sinne der Bestimmungen des Zahlungsplanes von London entspricht, zur Aufbringung der Jahresannuitäten zu dem Mittel des Kredites zu greifen. Sie ist aber, um ihren guten Willen zu beweisen, bereit, eine solche Kreditoperation vorzunehmen. Für die Fragen, unter welchen Bedingungen ein Kredit genommen werden würde, kommt es in erster Linie auf die Vorschläge desjenigen an, der das Geld leihen soll. Die deutsche Regierung ist bereit und hat auch bereits Schritte getan, um sich einen Kredit zu verschaffen. Sie bittet die Reparationskommission, sie hierbei unterstützen zu wollen. Sie fühlt sich jedoch verpflichtet, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß für die Zeit der Rückzahlung des Kredites außerordentliche Schwierigkeiten mit Rücksicht auf die sonstigen Verpflichtungen des Reiches entstehen werden und sie erwartet von der Reparationskommission, daß diese dieser besonderen Lage Rechnung tragen wird.

Die Reparationskommission verläßt Berlin.

Berlin, 19. November. Die Reparationskommission hat sich heute nach einstündiger Verhandlung mit dem Reichsanwalt von diesem verabschiedet. Die Mitglieder der Kommission werden morgen Vormittag Berlin verlassen.

bedroht. Die allgemeine Wirtschaftskrise und die besondere Krise im Kohlenbergbau haben naturgemäß die Stellung der Bergarbeiter gegenüber ihren Unternehmern geschwächt und diese sehen nunmehr die Zeit gekommen, zum Angriffe überzugehen, die Löhne der Bergarbeiter herabzusetzen.

Die Bergarbeiter sind sich dessen bewußt, daß sich der Kohlenbergbau dieses Staates in einer Krise befindet und sie haben auch die Mittel angegeben, wie dieser Krise beizukommen ist. Sie verlangen die Herabsetzung der Kohlensteuer, die Regelung der Frachttarife, die Förderung des Kohlenexports. Die Regierung macht es sich sehr leicht und erklärt in der Frage der Kohlensteuer nicht nachgeben zu können. Auch hier erweist es sich, wie in der gesamten Wirtschaftspolitik seit Entstehung der Republik, daß sich die Regierung einzig und allein von fiskalischen Gesichtspunkten leiten läßt und den volkswirtschaftlichen Existenzproblemen dieses Staates verständnislos gegen-

übersteht. In dem Beschluß der Reichskonferenz der Bergarbeiter kommt der gute Wille der Arbeiterschaft zum Ausdruck, den schweren Konflikt auf friedlichem Wege beizulegen, indem die Arbeiter an der Steigerung der Produktion mitzuwirken entschlossen sind. Die Entschließung spricht aber nicht minder deutlich die reine Unmöglichkeit aus, den Kohlenbergbau durch Herabsetzung der Löhne zu sanieren. Jeder derartige Versuch treibt zur Katastrophe.

Die Kapitalisten in der tschechoslowakischen Republik haben im Frühjahr einen Generalangriff gegen die Metallarbeiter gerichtet, haben im Sommer den Versuch gemacht, die Bankbeamten auf die Knie zu zwingen und erklären nun den Krieg den Bergarbeitern. Aber die Bergarbeiter werden auch in diesem Kampfe zeigen, daß sie das geblieben sind, was sie seit drei Jahren für das Proletariat der tschechoslowakischen Republik gewesen: die Vorkämpfer der Arbeiterklasse!

Die Freiheit der Meinungsäußerung.

Zum Entwurf des neuen Preßgesetzes. Von Friedrich Austerlitz (Wien).

Ein Preßgesetz der Demokratie muß, wenn es unter den berechtigten Ansprüchen nicht zurückbleiben will, drei Forderungen erfüllen: es muß die Freiheit der Meinungsäußerung unangetastet lassen, es muß die Freiheit der Verbreitung gewähren, und es muß den korrupten Uebelständen, die die Verkapitalisierung der Presse in die Zeitungen eingeschleppt hat, zu begegnen suchen. Sehen wir nun zu, wie der Gesetzentwurf der Regierung diese drei Forderungen zu erfüllen trachtet.

Der Staat kann sein Bestreben, die Freiheit der Meinungsäußerung zu beschränken — und das ist sein Bestreben, und der Unterschied zwischen freisinnigen und reaktionären Preßgesetzen liegt nur im Grade dieser Beschränkung — durch zwei Mittel erreichen: indem er entweder die Verbreitung „strafbarer“ Meinungsäußerungen selbst verhindert, oder indem er auf das Begehren strafbarer Handlungen durch die Presse Strafen setzt und durch die Furcht vor diesen Strafen die Zeitungsschreiber von einer strafbaren Meinungsäußerung abhält. Das erste System war das altösterreichische, das seinen Ausdruck in der geradezu absoluten politischen Konfiskation hatte und deren Vollendung in dem objektiven Verfahren sichergestellt war, das es dem Staatsanwalt ermöglichte, sich mit dem Auspruch des Gerichtes, daß eine strafbare Handlung vorliege, welcher Anspruch das Verbot der Weiterverbreitung des konfiszierten Artikels nach sich zog, zu begnügen. Ihm dadurch schlechthin eine wirkliche Verantwortung für sein Konfiszieren ersparend. Das andere System hatte seine reiflose Verförperung in dem alten Preußen-Deutschland, wo die Zeitungsschreiber immerzu die strafgerichtliche Verfolgung zu gewärtigen und durch die natürliche Furcht vor dieser automatisch funktionierenden Justiz im Zaune gehalten wurden. Es ist anzuerkennen, daß der Entwurf die Möglichkeit der polizeilichen Beschlagnahme begrenzt, er schränkt sie auf die Fälle ein, wo eine im Gesetz vorgeschriebene Angabe (Drucker, Druckort, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur) unterblieben ist; weiter wegen des Verbrechens des Hochverrats, des Vergehens gegen die öffentliche Sittlichkeit, wegen der Aufforderung zur Begehung eines Verbrechens, wenn der begründete Verdacht vorliegt, daß die Verbreitung der Druckschrift zur Ausübung des Verbrechens führen könnte, schließlich wegen unerlaubter Veröffentlichungen, worunter man wohl die bekannten Artikel VII und VIII der Strafgesetznovelle des Jahres 1862 zu verstehen hat, die den Schutz eines im Zuge befindlichen strafrechtlichen Verfahrens bezwecken. Der Umfang der Zulässigkeit dieser polizeilichen Beschlagnahme wäre nicht von Belang, wenn verbürgt wäre, daß sie nur als eine vorläufige Maßregel der strafgerichtlichen Verfolgung gedacht ist. Das ist aber keineswegs ausreichend verbürgt. Die Beschlagnahme bedarf der gerichtlichen Bestätigung; die gerichtliche Bestätigung der Beschlagnahme „bleibt bis zur rechtskräftigen Entscheidung über den Antrag, die Druckschrift für verfallen zu erklären, in Wirksamkeit“. Aber der Verfall kann auch ohne Verfolgung einer bestimmten Person ausgesprochen werden, „wenn überhaupt keine Person vorhanden ist, die

verfolgt werden kann". Nun hat die Aufhebung der Beschlagnahme zu erfolgen, wenn der Staatsanwalt den Antrag, den Verfall ohne Verfolgung einer bestimmten Person auszusprechen oder den Antrag, den verantwortlichen Redakteur wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Ob Sorge nicht rechtzeitig stellt, wonach sich ergäbe, daß gemeint sei, das objektive Verfahren könne auch eintreten und davon unabhängig sein, wenn sich die subjektive Verfolgung auf die Vernachlässigung der pflichtgemäßen Ob Sorge beschränkte; dann würde aber die wirkliche richterliche Prüfung der Beschlagnahme — denn die im Vorverfahren: durch die Bestätigung, und die im Nachverfahren: durch das Verfallsurteil — ohne Wert — in der Regel ausbleiben und dann könnte die polizeiliche Beschlagnahme trotz der scheinbaren Begrenztheit ihrer Zuständigkeit — was ist nicht heute alles Hochverrat! — sich dennoch einmischen. Nebenbei sei bemerkt, daß auf der anderen Seite die Beschränkung des selbständigen Verfallsverfahrens auf den Fall, daß keine verfolgbare Person vorhanden ist, nicht genügt; es müßte auch für den Fall vorgeordnet sein, daß eine Freisprechung aus Gründen erfolgt, die die Strafbarkeit ausschließen oder die Verurteilung infolge Vorhandensein von Strafausschließungsgründen ausgeschlossen ist. Ebenso nebenbei sei bemerkt, daß der Entwurf überhaupt recht oft die Sachlage nicht genau durchdenkt. So wird in dem bezogenen Falle (§ 56/3) die Aufhebung der Beschlagnahme verfügt, wenn jener Antrag des Staatsanwaltes — auf das selbständige Verfallsverfahren oder auf Verfolgung wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Ob Sorge — nicht binnen einer Woche „von der Zeit“ gestellt wird, „als der das Strafverfahren einleitende Beschluß oder das freisprechende Urteil Rechtskraft erlangt hat". Na, welches Strafverfahren soll da eingestellt, welche Freisprechung könnte da erfolgt sein? Offenbar denkt man an ein vorhergehendes Strafverfahren gegen den Autor, aber da dessen Erforschung doch zu den größten Seltenheiten gehört — was ja auch jedes Preßgesetz anerkennt, da es sonst doch die Institution des verantwortlichen Redakteurs nicht schaffen würde — so wird für die acht Tage eigentlich keine Handhabe vorhanden sein.

Ungleich peinlicher fallen aber andere Bestimmungen auf, die wohl geeignet sind, den Wert dieser Einschränkungen beträchtlich herabzusetzen. Der Entwurf bringt eine ganze Reihe strafgesetzlicher Normen — was an sich schon bedenklich ist, da damit doch für strafbare, durch die Presse begangene Handlungen Ausnahmen zum Schlechteren gemacht werden. Vor allem wird die Kompetenz der Geschworenengerichte für Ehrenbeleidigungen durch die Presse beträchtlich reduziert; sie wird auf die Ehrenbeleidigungen beschränkt, die gegen öffentliche Körperschaften oder öffentliche Funktionäre gerichtet sind; wogegen alle „anderen Ehrenbeleidigungen“ vor das Kollegialgericht gehören. Ganz abgesehen davon, daß die Vereinfachung der Geschworenengerichte immer als ein Rückschritt zu erachten ist

und bei den gespannten nationalen Verhältnissen der Republik ohne Zweifel ein gefährlicher Schritt ist, so entsteht da die Anomalie, daß der Journalist für Ehrenbeleidigungen eine verschiedenartige Verantwortung zu tragen hat: die gegen öffentliche Funktionäre hat er vor dem Schwurgericht, die gegen private vor den Berufsrichtern zu verantworten. Nun kann es streitig sein, ob das Geschworenengericht für den Beleidigten eine Last oder ein Vorteil sei — das hängt eben von den konkreten Umständen der Sache ab —; aber in jedem Falle ist die Frage berechtigt, was es begründen könnte, besonderen Beteiligten einen Vorteil zu widmen oder einen Nachteil aufzuheben. Der Eindruck ist nicht abzulehnen, daß man die Geschworenengerichte für Verbrechenbeleidigungen zur Gänze abschaffen möchte, aber wegen des obigen Charakters dieser „Reform“ die Ausnahme für die öffentlichen Funktionäre macht. Aber ob dann die Geschworenengerichte überhaupt behauptet werden können, ist sehr fraglich, und so wäre hier den Reformern zuzurufen: Widerstrebe dem Anfang!

Ganz unverständlich ist die Regelung des Verfahrens für den Fall des Wahrheitsbeweises bei Ehrenbeleidigungen — wobei auch nicht einzusehen ist, was das alles, da doch diese Ordnung dem Strafprozeß angehört, in einem Preßgesetz zu tun hat. Darnach hat (§ 52) der Beschuldigte die Tatsachen seines Wahrheitsbeweises binnen acht Tagen nach Erhalt der Anklageschrift einzubringen, wonach wieder der Kläger zur Vorlegung „seiner Ausführungen“ eine achttägige Frist erhält. Mit diesen acht Tagen ist die Befugnis der beiden Parteien begrenzt; sie können nach ihrem Ablauf „nicht mehr um die Durchführung eines anderen Beweises ansuchen, es sei denn, daß es nicht nötig wäre, deshalb die Hauptverhandlung zu vertagen oder wenn die Partei nachweist, daß sie diesen Beweis nicht gekannt hat". Diese mechanischen Bindungen würden der Erforschung der Wahrheit nicht gerade förderlich sein, denn für den Geklagten kann sich die Notwendigkeit von Beweisanträgen unter Umständen auch erst aus den Gegenansprüchen des Klägers herausstellen; ihn vorweg an Fallfristen zu binden, erscheint also wenig nützlich. Bedenklich erscheint es mir auch, daß bei der Hauptverhandlung gegen den angeklagten Journalisten auch alle teilnehmen sollen, und dies mit denselben Befugnissen, die dem Angeklagten zustehen, denen aus dem Strafurteil irgend eine Verpflichtung erwachsen kann (§ 53), also Drucker und Eigentümer. Dadurch wäre der Journalist, der vielleicht ein ideales und geistiges Interesse vertritt, gegenüber denen, die nur ein materielles zu vertreten haben, in den Hintergrund gedrängt, und der Kampf um das Recht der Kritik, daß der Journalist vertritt, wäre zu der Abwehr eines materiellen Nachteils entsetzt. Die Rücksicht auf diejenigen, denen da unter Umständen eine materielle Verpflichtung erwachsen kann, hat hier der Rücksicht auf den kämpfenden Journalisten zu weichen.

die Dichter mit jener Hebersfülle des Lebens anrührt, die sich nur im Gesang löst. Die Tage oder mehr noch die Vortage nationaler Katastrophen schaffen politische Lyrik.

Solcher Stunden kennt die Geschichte wesentlich zwei Arten, gemäß den zwei Arten von Politik, die wir kennen, der inneren und der äußeren.

So gibt es, wenn ein Volk sich gegen äußere Gefahren stellt, wenn es seine Einheit mächtig nach außen abgrenzt, die politische Lyrik des nationalen Entschlusses, die „Vaterlandslit". Wenn es in einem Kampf und Krampf seine innere Ordnung erneuert, seine alte Einheit sprengt, um eine neue zu gewinnen, so entsteht die „Revolutionärlit". Die Geschichte der deutschen Revolutionärlit hat ihre erste Epoche im 16. Jahrhundert, in jener großen Revolution, in der religiöse, nationale und soziale Kräfte untrennbar verschlungen sind. Ihre ersten Dichter heißt Martin Luthers, und seine „Feste Burg", dies „Kampflied des Glaubens", ist durchaus Revolutionärlit und ist von der tiefsten Nachwirkung für Deutschlands ganze politische Dichtung bis in die Gegenwart hinein geblieben. In dem ritterlichen Mittelalter der Bewegung, in Ulrich von Hutten, dagegen haben die Deutschen ihren ersten politischen Dichter im engeren Sinne des Wortes gehabt. Er war der vollkommene Sprecher dieser Revolution, soweit sie Adelsaufstand und doch zugleich von religiösen, humanistischen und nationalen Momenten genährt war. Die tiefste und größte Form, die diese Revolution politisch angenommen hat, der Bauernaufstand, ist uns leider summt geblieben.

Abgeordnetenhaus.

Die Spezialdebatte.

Je mehr sich die Samstagssitzung des Abgeordnetenhauses ihrem Ende zuneigte, desto größere Rede bemühtigte sich des Hauses. Genossen Jollis Rede jedoch, die zu Mittag gehalten wurde, fand außer unseren Parteigenossen interessierte Zuhörer aller Parteien. Es war ein wahres Sündenregister, das den tschechischen Militaristen vorgehalten wurde. Die letzten Reden wurden zu leeren Bänken und gähnenden Galerien gesprochen. Der hochwürdige Herr Feierfeld konnte sich mit Leidenschaft für „Habsburg, den Löwen", den noch zum Schluß „ein gewisses Tier" tritt, einsetzen. Ein in der Beere des Saales doppelt schallendes Ende bereitete der tschechische Revolutionsklub der Samstagssitzung. Er schimpfte in alter lieber Gewohnheit auf Deutsche und Juden.

Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten. Die Spezialdebatte wird fortgesetzt.

Abg. Spatny (tsch. Nat.-Soz.) erklärt, daß dieser Staat für ein Militärsystem nicht genügend vorbereitet sei. Die Zahl der Mitglieder der französischen Militärmission möge verringert werden.

Abg. Körmench (mag. Christl.-Soz.) wendet sich gegen die Verfolgungen des ungarischen Volkes in der Slowakei. Die berechtigten Wünsche der Minoritäten müssen erfüllt werden. Als er über die rumänischen Märsche bei der durch die Rumänen erfolgten Besetzung Ungarns spricht, wird er vom Vizepräsidenten Sotto zur Ordnung gerufen. Er stimmt im Namen seiner Partei gegen das Budget.

Abg. Humelshans (tsch. Soz.-Dem.) erklärt, seine Partei trete für das Militärsystem ein. Er fordert gegenwärtig eine Herabsetzung des Heeres auf 80.000 Mann und eine Verkürzung der Dienstzeit auf 14 Monate. Das Budget nehme zu wenig Rücksicht auf die soziale Fürsorge der Kriegsbeschädigten. Der Redner spricht sich für die Errichtung eines großen Militärspitals aus und bedauert, daß die militärische Organisationskanzlei aufgelöst wurde, in der jeder Soldat seine berechtigten Beschwerden vorbringen durfte. Schließlich führt er Beschwerde über das Vorgehen mancher Militärgerichte.

Gegen den neuen alten Militarismus.

Abg. Jollis (d. Soz.-Dem.) erklärt, daß das Budget für das Ministerium für Nationalverteidigung bewußt verschleiert ist und eine Mißwirtschaft mit den Steuergeldern darstellt. Die Steigerung der Ausgaben für den Militarismus wurde im Hause bereits wiederholt festgestellt und auch für das nächste Jahr wird in dieser Steigerung nicht eingeklinkt. Sie beträgt 74% gegenüber 1920. Redner verweist auf die unüberhältnismäßig große Zahl von Offizieren und Unteroffizieren, die zur Folge haben, daß auf je 12 Mann 5 Vorgesetzte kommen, während man auf der anderen Seite ruhig für 60 Schulkinder einen Lehrer beläßt. Zu den großen Ausgaben für das stehende Heer kommen noch jene für die beim Ministerium angestellten Zivilbeamten und Zivilarbeiter, das sogenannte

stehende Heer. Die Gagen für die Offiziere bei der politischen Abteilung des Ministeriums wurden gegenüber jenen der Bogisten im Heere eigenmächtig, ohne verfassungsmäßige Zustimmung, wesentlich erhöht, dagegen liegt ein Antrag auf Erhöhung der Mannschaftsgehälter ein Jahr lang unerledigt. Redner stimmt den Ausführungen des Abg. Spatny bezüglich der französischen Mission vollinhaltlich zu, kritisiert die Erhöhung des Postens für die Verpflegung der Mannschaften, denn diese Verpflegung hat sich durchaus nicht verbessert, sodaß man die Mehrkosten für sie ruhig als Geschenk an die Agrarier von 300 Millionen Kronen bezeichnen kann. In der Militärorganisation herrscht Fahrlässigkeit, auf die auch die große Zahl von Unglücksfällen bei den Schießübungen zurückzuführen sind. Eine riesig große Post entfällt auf Anschaffung von neuen Kanonen, nachdem man fahrlässig alte, ausvergangene von Frankreich gekauft hat. Während alle Posten dieses Etats eine Erhöhung erfahren haben, hat man bezeichnenderweise gerade die Post für Sanitätswesen gekürzt. Aufklärung wäre über die Militärwirtschäften und deren Gebahrung vonnöten. Redner kritisiert hierauf die Mobilisierung und macht auf verschiedene Fehler, die hier unterlaufen sind, aufmerksam. Er verwahrt sich gegen verschiedene Uebergrieffe des militärischen Bürokratismus, wie z. B. gegen jenen Erlaß, der allen, welche ihre militärischen Verpflichtungen nicht erfüllten, die Wahlfähigkeit abspricht, oder jenen, der der J. M. C. A. das Recht gibt, in allen Städten Lokale auf Grund des Einquartierungsgesetzes zu beanspruchen. Die Bestrafung von Personen, die nicht eingerückt sind, dürfe erst nach gründlicher Untersuchung durchgeführt werden. Viele habe die Einrückungsordere in Deutschland und anderswo gar nicht erreicht. Man müsse mit Milde die persönlichen Verhältnisse berücksichtigen. Schließlich fordert Genosse Jollis die Einsetzung von Soldatenräten und eine Modernisierung des Dienstreglements. (Beifall.)

Abg. Dr. Snidcl (tsch. Agr.): Der polnisch-tschechische Vertrag biete eine Garantie gegen die gemeinsamen Feinde beider Nationen gegen Deutschland. Der Redner fordert zur Antnähmung der Handelsbeziehungen mit Rußland auf. Er kritisiert die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes, in der Sprachenverordnung gegenüber Deutschland und Oesterreich.

Abg. Rosta (Komm.) kritisiert die Art des falschen Sparens und der überflüssigen Ausgaben im Staate. Weder der Wehrausschuß, noch das Parlament selbst hat genügend Einfluß auf das Zustandekommen des Armeebudgets. Er fordert die Beseitigung der Militärzensur. Wieder rufen sich Militärgerichte zur Massenaburteilung derer, die nicht einrückten. Der Landesverteidigungsminister möge endlich die kommunistische Interpellation über die Entschädigungsansprüche für die Erschießung der vier Brüder Pfeisler und der drei Brüder Lenkovic beantworten. Es wäre auch eine genaue Erklärung über den wirklichen Stand der Armeebudgets vonnöten. Redner fordert die Entlastung sämtlicher gefangenen Kommunisten.

Abg. Rabratil (Nat.-Dem.) tritt für eine Vereinheitlichung der Administrative ein. Die Kompetenz der untergeordneten Behörden müsse erweitert und die Vorstände der selbstän-

dieser Geist sprach bereits vor dem Bastillesturm gewaltig in den „Mäubern", in der „Kobale und Liebe", in „Don Carlos" und fand seinen edelsten Nachhall im „Zell".

Die deutsche Begeisterung für die französische Revolution schwand (auch das ist in berühmten Versen dokumentiert) vor dem Schrecken über den revolutionären Terror, und wie das revolutionäre Frankreich nun aggressiv wurde und durch seinen gewaltigen Exponenten Napoleon Deutschland unterjochte, schlug Deutschlands Stimmung und politische Lyrik in den nationalen Ton um. Gleichwohl hat man mit Wahrheit gesagt, daß die Freiheitskriege die deutsche Form der großen Revolution gewesen sind. Trotz Bismarcks ent-rückter Verwahrung ist etwas Wahres daran, daß die deutsche Jugend von 1813 auch für ihre innerpolitische Freiheit zu kämpfen glaubte und sich dann bitter enttäuscht sah. Schon in der berühmten, scheinbar rein nationalen Lyrik der Freiheitskriege kann man diesen sozial revolutionären Unterton zuweilen heraushören, und gleich nach 1815 jegte jene politische Dichtung der Enttäuschung und des bitteren Spottes ein, die nichts anderes als beginnende Revolutionärlit ist. In diesen vorwärtlichen Zeiten hat Deutschland zwei politische Dichter höchsten Ranges gehabt, und zwar vertreten sie vollkommen die beiden großen Möglichkeiten politischer Dichtung. Es gibt eine politische Dichtung, die — soweit das dem freien und deshalb jeder Unterdrückung leidlichen Geistes überhaupt möglich ist — über den Parteien steht, die Ausdruck einer leidenschaftlich mitfühlenden, aber gerecht und

Feuilleton.

Die Deutsche Revolutionslyrik.

Von Julius Bab.

Daß das politische Lied ein garstiges Lied sei ist bekanntlich nicht die Meinung Goethes, sondern des feuchtschlüpfrigen Philisters, der in Auerbachs Keller seinen Stumpfsinn pflegt. Goethe selber, dem seine Dichtung nur immer erneute Zusammenfassung und Bestätigung einer nach jeder menschenmöglichen Zeit mächtig ausbreitenden Welteroberung war, hat sehr wohl gewußt, ein wie mächtiger Teil unseres Lebens unentrennbar mit jenem Trieb und Zwang zur Vergesellschaftung verbunden ist, der sich in politischen Kämpfen entladen muß.

Freilich nicht der Alltag des politischen Lebens, die schnell erstarrende Mechanik des Parteigetriebes ist es, die einem Dichter Antrieb und Stoff des Schaffens werden kann — es sei denn zur Satire. Für das Pathos eines leidenschaftlichen Mitgefühls schaffen nur die großen Augenblicke der politischen Geschichte. Die Stunden der Leidenschaft, der katastrophalen Verdichtung. Die Augenblicke, in denen der langsam laufende Mechanismus angeschlossen wird und die lebendige Kraft sichtbar in ihre umgestaltenden Rechte tritt. Oder noch mehr als diese Augenblicke, das Gefühl ihres Verannahens, ihre Erwarung ist es, die

Die Ausweisungen aus der Slowakei.

Die Abgeordneten Paul Wittich, Dr. Czech, Cerner und Genossen haben an den Ministerpräsidenten wegen der Ausweisungen aus der Slowakei folgende dringliche Interpellation gerichtet:

Die Mobilisierung wurde in der Slowakei zu einer wahren Hölle für die magyarische Arbeiterschaft benützt. Seit dem 31. Oktober hat man bloß aus Preßburg täglich 100 bis 200 Arbeiter, meistens ungarische, aber auch österreicherische und selbst tschechoslowakische Staatsbürger an die ungarische Grenze geschleppt. Die Art und Weise, wie diese Verschleppung erfolgte, wirkte empörend und erinnert an die Methoden des zaristischen Regimes. Die Arbeiter wurden vorher von der Ausweisung nicht verständigt, vielmehr in den Abendstunden in ihren Wohnungen gefangen, oft aus ihren Betten gezerrt und, ohne ihnen die notwendige Zeit zu belassen, ihre persönliche Angelegenheit zu ordnen, in

der Nacht über die Grenze geschafft.

Ein ziemlich großer Teil der Vertriebenen waren politische Flüchtlinge und wurden einfach jener Horthyreaktion in die Arme getrieben, von der die tschechischen Parteien mit so großer Verachtung sprechen.

Unter den Ausgewiesenen befand sich ein Teil, der in Besitze von Ausweisbewilligungen war.

Wir fragen daher den Herrn Ministerpräsidenten:

1. Wie rechtfertigt der Herr Ministerpräsident, diese Verletzungen des Rechtes, der Freizügigkeit, der Grundzüge der Demokratie und der Humanität?
2. Was gedenkt der Herr Ministerpräsident zu tun, um die verantwortlichen behördlichen Organe, die diese Rechtsverletzungen begingen, zur Rechenschaft zu ziehen, damit sich ähnliche Vorfälle in der Zukunft nicht wiederholen?

digen Kempter mit mehr Machtbefugnis ausgestattet werden. Redner appelliert an die Beamten, einzusehen, daß der Staat in den gegenwärtigen Verhältnissen keine Gehalts erhöhungen vornehmen könne.

Abg. Dr. W. Feiler (d. Christl. Soz.) erstattet die Kapitel, die in Verhandlung stehen, stimmen zu müssen, weil seine Partei um des Ministres willen kein Vertrauen zum jetzigen Ministerpräsidenten und mit Rücksicht auf die Vorfälle in Aulzig und Postelberg auch kein Vertrauen zum Minister des Innern haben könne. Die Mobilisierung wäre nur erlaubt gewesen, wenn der Staat in Gefahr gewesen wäre, man hat aber keine Gefahr. Redner schließt sich zu einer kleinen Ehrenrettung der Sabitzerper verpflicht.

Abg. Mühlbeck (Hsch. Alex.) wendet sich im Verlaufe seiner weitläufigen Rede gegen die Herrenpolitik der Deutschen und wertet schließlich wie immer gegen die Juden.

Die Sitzung wird nach 5 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Montag um 1 Uhr nachmittags.

Inland.

Gemeinsame Abstimmung unserer Abgeordneten und Senatoren findet Dienstag, den 22. November um 6 Uhr abends im Klublokal, Prag-Rudolfinum, statt.

Deutschbürgerliche und deutsche Sozialdemokraten. In der deutschbürgerlichen Presse wird über die Auseinandersetzungen, die bezüglich der Verhältnisse über das Budget im Parlament zwischen den deutschen Sozialdemokraten und Deutschbürgerlichen über die Frage der Stellung zur Mobilisierung vor sich gingen, ebenso unwarhaft wie gehässig gegen unsere Partei berichtet. Noch immer sucht diese Presse, wenn auch meist verdeckt, die anfangs insbesondere von den Deutschnationalen verbreitete Lüge, daß die Sozialdemokraten für den Krieg und die Mobilisierung waren, aufrecht zu erhalten, oder doch wenigstens in heimtückischer Weise die Möglichkeit dieser Deutung offen zu lassen. So berichtet der Brünner „Tagesbote“ über die Auseinandersetzung folgendes:

„Die Deutschbürgerlichen blieben die Antwort nicht schuldig, nur erfolgte die Antwort in einer eben so korrekten, wie sachlichen Form durch die anscheinende Rede des Dr. Ledwman, der, wiederholt von den deutschen Sozialdemokraten unterbrochen, als einen Kernpunkt des Unterschiedes zwischen dem Verhalten der Deutschbürgerlichen und der deutschen sozialdemokratischen Partei während der Mobilisierung folgendes feststellte: Beide oppositionelle Gruppen haben gegen den Krieg gestimmt; während aber die Verbundparteien aus grundsätzlichen demokratischen Gründen gegen den Krieg und gegen die Mobilisierung stimmten, haben die deutschen Sozialdemokraten bloß die Mobilisierung als überflüssig bezeichnet.“

Diese Darstellung der Ausführungen Dr. Ledwman's ist, gelinde gesagt, eine unrichtige, wie schon daraus hervorgeht, daß Dr. Ledwman selbst ausdrücklich erklärte: „Die oppositionelle Gruppen haben gegen den Krieg gestimmt.“ Daraus geht hervor, daß die Behauptung, die deutschen Sozialdemokraten hätten bloß, die Mobilisierung als überflüssig bezeichnet, während die Deutschbürgerlichen „gegen den Krieg und gegen die Mobilisierung stimmten“, unmöglich richtig sein kann. Tatsächlich haben die deutschen Sozialdemokraten sich nicht damit begnügt, die Mobilisierung als „überflüssig“ zu bezeichnen, sondern sie haben auch überall in den Ausschüssen der beiden Häuser sowohl, als auch im Plenum des

Abgeordnetenhauses und des Senates einmütig dagegen gestimmt. Gegen den Krieg zu stimmen, kam sie nicht in die Lage, da über den Krieg überhaupt nicht abgestimmt wurde und dementsprechend haben selbstverständlich auch die Deutschbürgerlichen nicht gegen den Krieg stimmen können! Wir stellen dies ausdrücklich fest, weil die deutschbürgerliche Lügentalit, die seit Jahrzehnten dieselbe geblieben ist und vermeint, der Entstellung und Verdrehung der Worte des Gegners nicht entbehren zu können, noch immer, trotz aller klaren Feststellungen über das einwandfreie Verhalten der deutschen Sozialdemokraten in den Mobilisierungstagen, ihr Unwesen treibt.

Weitere Aufhebung der Ausnahmeverfügungen in Grassitz. Mit der Kundmachung vom 15. November hat die politische Bezirksverwaltung Grassitz das über den ganzen politischen Bezirk verhängte Standrecht wohl aufgehoben, doch würdige die angeordneten polizeilichen Verkehrsbeschränkungen (Haustorsperre um acht Uhr abends, polizeiliche Sperrstunde um zehn Uhr abends, das Verbot des Verweilens von Kindern und jugendlichen Personen auf den Straßen nach sechs Uhr abends und das Verbot der Abhaltung von Versammlungen) in Wirksamkeit belassen. Gegen diese ungerechtfertigte Belastung dieser Ausnahmeverfügungen erhob vorgestern Abgeordneter Dr. Czech im Auftrage der Klubs der Deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren beim Ministerpräsidenten Einsprache. Ministerpräsident Dr. Benesch sagte zu, unzugänglich der Bezirkshauptmannschaft Grassitz Weisung geben zu wollen, die in Kraft belassenen polizeilichen Verkehrsbeschränkungen aufzuheben, was seither tatsächlich geschehen ist.

Slowakische Reglererei. Preßburg, 19. Novemb. Minister Micura berief für heute die slowakischen Jupane zu einer Beratung über Verwaltungsfragen und zu Informationszwecken zu sich. In seiner Begrüßungsansprache erklärte der Minister, daß die Richtlinien für die Verwaltung der Slowakei durch den Regierungswechsel nicht berührt worden seien. Die Gaureform harre noch ihrer Durchführung; es müsse namentlich eine Atmosphäre geschaffen werden, welche es ermöglicht, die Ausnahmeverkehrung in den Vertretungsgesellschaften, den Gemeinden,

aus dem Riesengebirge ist erst durch Hauptmanns Drama wieder berühmt geworden; es ist aber in seiner barbarisch schlichten Wucht selbst ein Kunstwerk ersten Ranges.

Der Kampf 1848 war noch wesentlich vom dritten Stand, dem Sieger der großen Revolution, dem um politische Macht ringenden Bürgerthum, geführt worden. Zuweilen freilich klingt in dieser Revolutionsdichtung schon ein Ton von dem neuen ökonomischen Machtwillen, der sich sammelnden Arbeitermassen an. Auch hier ist Heine, der Dichter der „Wandereratten“ und des „Wintermärchens“ am stärksten. Aber auch in Freiligraths Poetik dringt die Vision des „von unten auf“ drohenden Proletariats. Dann reicht zum zweiten Male eine rein nationale Leidenschaft die Führung an sich; im Zeichen Bismarcks wandeln sich die revolutionären Bürger zu „Nationalliberalen“; auch Freiligrath bläst nach der Revolutionsfanfare die Trompete von Gravelotte. Derwegh freilich bleibt mit manchem andern großend draußen — draußen vor der Herrlichkeit dieses Bismarckschen Deutschland, dessen Einheit wahrlich nicht die von ihm erhoffte ist. Und dieser alte bürgerliche Revolutionär dichtet noch das Lied der neuen Revolution, das Bundeslied für den Lassal'schen Arbeiterverein „Bet und arbeit“. Denn nun schwillt durch 40 lange Jahre unter dem Gründerbehangen des neuen Reiches die Flut der andern, der ökonomisch-proletarischen Revolution heran. Hier kann man, nicht in gleicher Schärfe, aber doch ähnlich wie bei Chamisso und Heine, wieder die beiden großen Grundtypen unterscheiden: wie dem wilden

den Gauen und anderen öffentlichen Institutionen zu beseitigen. Die Bevölkerung der Slowakei habe sich ohne einen einzigen Fall des Widerspruchs den Mobilisierungsmaßnahmen untergeordnet und unangenehme Pflichten willig und ernsthaft erfüllt. Der Minister sprach sodann über die Ausnahmemaßnahmen und forderte die Jupane auf, in nächster Zeit jede Maßnahme, die die persönliche Freiheit der Bürger einzuschränken geeignet sei, aufzuheben und wieder den normalen Lauf des öffentlichen Lebens herbeizuführen.

Kredit für die Bodenreform. Die Regierung hat dem Abgeordnetenhaus eine Gesetzentwurf vorgelegt, durch den sie ermächtigt wird, eine Anleihe von hundert Millionen Kronen zur beschleunigten Durchführung der Bodenreform aufzunehmen. Man rechnet damit, daß im nächsten Jahre 140.000 Hektar Ackerboden und 250.000 Hektar Waldboden zur Enteignung gelangen.

Ausland.

Angriff der Bürgerlichen auf die sozialistische Koalition in Sachsen.

Im Landtag brachte der deutschnationale Abg. Dr. Bentler einen Mißtrauensantrag gegen die unabhängigen Mitglieder der sächsischen Regierung, die Genossen Lipinski, Fleißner und Jädel ein. Sie hätten die Interessen der Gesamtbevölkerung nicht gewahrt, vielmehr die bürgerlichen Gefühle verletzt. Lipinski erklärte nicht die Linke, sondern die Rechte für staatsgefährlich, denn nur diese stelle Kampfgesellschaften auf. Die sächsischen Orgeschverbindungen hätten sich vergebens bemüht, seine Angaben zu berichtigen, sie ständen mit den bayerischen Orgeschleuten in innigen Zusammenhang und hätten die Namen von Zugbergers Mörderin gewußt, ehe sie noch öffentlich bekannt wurden. Die Deutschnationalen als Beschüßer dieser Orgesch hätten kein Recht auf sittliche Entrüstung. Ins Verfahren der Staatsanwaltschaft habe er nicht eingegriffen, denn erst nach dessen Abschluß habe er die Verantwortlichkeit von allen Tatsachen unterrichtet. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Debattenordner erklärten übereinstimmend, von einer Umbildung der Regierung, wie die bürgerliche Taktik sie anstrebe, nichts wissen zu wollen. Dr. Bentler sprach seine Enttäuschung über die Haltung der Rechtssozialisten

Parteiannäherung eines John Henry Walsh gestaltet sich einflussvolle und politische Leidenschaft bei Richard Dehmelt. Wenn man das breite und sentimentale „Lied vom Hemde“, das Freiligrath dem Schotten Good nachgedichtet hat, etwa mit Dehmelt's 50 Jahre späterem, großartig konzentriertem „Arbeitsmann“ vergleicht, so hat man einen merkwürdigen Parallelismus von Klarung und Organisationskraft sowohl innerhalb ihres künstlerischen Ausdrucks.

Ein drittes Mal scheint in einer nationalen Begeisterungstut der soziale Revolutionswille zu ertrinken. Aber der Schein trügt. In der deutschen Kriegslit — und in der erst noch zu veröffentlichenden vermutlich noch viel mehr als in der bisher bekannten — gibt es von Anfang an einen Unterton zornigen Erstaunens, der die Notwendigkeit dieses Weltkampfes anzeigt und einen andern, in dem sich das wachsende Machtbewußtsein der bewaffneten Volksmassen als solcher ausdrückt. In dem Augenblick, wo diese zwei Strömungen zusammenströmen, wurden sie stärker als jeder nationalistische Antriebe, und der neue soziale Revolutionswille war übermächtig da. Das allmächtige Empordringen dieses Unterstromes, die schrittweise Umkehrung der Kriegslit in eine Revolutionslit, diese Entwicklung zu verfolgen, ist ein überaus merkwürdiges, fast unheimliches Schauspiel. Es ist einsteilen das letzte Kapitel in der Geschichte der deutschen Revolutionslit.

aus. Trotzdem wurde sein Antrag mit 47 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

Eine ebensolche Enttäuschung bereiteten den Bürgerlichen die Stadtverordnetenwahlen in Großdresden. Denn in dem sämtlichen proletarischen Parteien eine Listenverbindung vorzunehmen, während die Bürgerlichen zum Teil getreut marschierten, beträgt das Verhältnis der Bürgerlichen zur proletarischen Gruppe nicht wie man ursprünglich annahm, 43 zu 41, sondern 42 zu 42. Die Mehrheit haben 30, die Unabhängigen 8 und die Kommunisten 4 Sitze erlangt. Seit den letzten sächsischen Landtagwahlen von 1920 ergibt sich eine bemerkenswerte Erstarkung des Sozialismus.

Sozialistische Einheitsfront in Deutschland?

Eine Einladung der U. S. P. D. an die S. P. D. und K. P. D.

Berlin, 19. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“) Die Parteileitung der U. S. P. D. hat an den Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei und an den Parteivorstand der kommunistischen Partei einen Brief gerichtet, in dem auf die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen in den Fragen der Forderung, der Steuer- und der Lohnregelung hingewiesen wird. Die Unabhängigen laden zu einer gemeinsamen Besprechung einer politischen und wirtschaftlichen Spitzenorganisation ein. Die Besprechung wird vermutlich am Mittwoch stattfinden.

Lebensmittelanruhen in Berlin.

Berlin, 19. November. Heute kam es wieder an verschiedenen Stellen der Stadt zu Ausschreitungen und Plünderungen von Lebensmitteläden. Weitere Zusammenrottungen und Ausschreitungen konnten von der Polizei rechtzeitig verhindert werden.

Hungerstreik der politischen Gefangenen in Lichtenburg.

Berlin, 19. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“) Seit einigen Tagen sind im Gefängnis Lichtenburg bei Torgau etwa 150 politische Gefangene, die seit dem Osterputz in Mitteldeutschland im Gefängnis sitzen, in einen Hungerstreik eingetreten. Den Anlaß zum Streik gab eine Pressenotiz, wonach keine Amnestie erfolgen soll, und das ständige Anwachsen des Glends der Familien der Inhaftierten. Die in Zellen eingesperrten Hungernden sind teils völlig apathisch geworden, teils liegen sie im Fieber. Die Staatsoberschulverwaltung hat die Zwangsernährung der Gefangenen angeordnet. Diese Maßnahme unterließ jedoch auf Vorstellungen beim preussischen Justizministerium.

Stürmischer kommunistischer Protest im preussischen Landtag.

Berlin, 19. November. Im preussischen Landtag verursachten die Kommunisten unerhörte Lärmereien. Als das Haus in die Tagesordnung eintreten wollte, beantragte der Kommunist Kap, daß zunächst der Bericht des interfraktionellen Ausschusses über den Hungerstreik in Lichtenburg gehört werden soll. Der kommunistische Abgeordnete Schulz-Neußlin erklärte, der Bericht sei viel wichtiger als das Gequatsch über den Etat. Vizepräsident Garnick rief den Redner dreimal zur Ordnung und fragte schließlich das Haus, ob es den Redner weiter hören wolle, was das Haus mit lebhaften „Nein!“-Rufen beantwortete. Da ergriß Abg. Schulz ein Wasserglas und goß dessen Inhalt auf die vor ihm stehenden Abgeordneten, während Abg. Kap dem Vizepräsidenten die Glocke entriß. Die Sitzung wurde darauf abgebrochen. Auch im Reichstages kam es bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Abtötung kurzer Freiheitsstrafen durch Geldstrafen zu stürmischer Zwischenrufen.

Die deutsche Industrie unter dem Druck des französischen Verfolgungswahnes.

Berlin, 19. November. Die deutsche Regierung beschwert sich in einer an die Völkerverkonferenz gerichteten Note über eine Note der alliierten Marinekontrollkommission vom 20. Juli, die den Bau von drei schnelllaufenden Dieselmotoren bei der Firma Benz in Mannheim mit der Erklärung beanstandet, daß diese Motoren Unterseebootmaschinen und Kriegsmaterial seien. Die Kommission wolle einen Fabrikationszweig der deutschen Industrie unterbinden, der seine natürliche Bedeutung auf dem Gebiete der Friedenswirtschaft habe und immer haben werde, und darum sehe sich die deutsche Regierung nicht in der Lage, der Forderung der Kontrollkommission Folge zu geben.

weise wägenden politischen Erkenntnis ist. Der deutsche Meister dieser Kunst ist (wohl nicht zufällig) ein Franzose: Walder von Chamisso. Er hat mit seinem Jopsgedicht der hoffnungslos konservativen Borniertheit, ein ebenso unterförmig ironisches Denkmal gesetzt, wie dem ziellos leeren Revolutionismus in seiner „Meidernmacherwut“. Und er hat als „alter Sänger“ mit wahrhaft goethischer Größe die Synthese von Tat und Entwicklung, Freiheit und Notwendigkeit formuliert, aus der allein gesunde Politik wächst. Das andere mögliche große Genie politischer Dichtung, das Genie inbrünstiger Parteigängerschaft, ist Heinrich Heine gewesen. Je mehr von der toletten und unechten Liebeslyrik seiner Jugend der romantische Nachglanz abblättern wird, um so mehr wird man die künstlerische Kraft bewundern lernen. Um mehr als Haupteslänge übertrifft die laufende Schlagkraft seiner Ironie die liebendwüßigen Schwärme eines Hoffmann von Fallersleben oder den mehr pathetischen Spott der Bruns und Dingelstedt. Und wo sich seine ironische Natur einmal zu einem rein pathetischen Schlag sammelt, da entspringt dem Stein der Sprache rhythmischer Feuer ganz anderer, urtümlicher Art, als die gefinnungsstarke, in einzelnen Sapphragen mit Recht erfolgreiche, im Ganzen aber doch unerschöpfliche Schiller-nachfolge der Freiligrath und Derwegh sie hergibt. Heine ist denn auch unter zahllosen Mitbewerbern der einzige, dessen Kunstwert ebenbürtig neben der großen revolutionären Volksdichtung dieser Epoche steht, dem „Blutgericht“. Dies Lied der revoltierenden Weber

Die Jännerrate der Reparationssumme.

Rein Aufschub.

Berlin, 19. November. (Tsch. P.) Die Jänner teilen übereinstimmend mit, daß die Reparationskommission heute abend wahrscheinlich Berlin verlassen wird. Die Entente möchte bestehen auf der ordnungsmäßigen Erfüllung der am 15. Jänner fälligen Reparationsverbindlichkeiten von 500 Millionen Goldmark. Die Reparationskommission sei zu der Ansicht gekommen, daß die deutsche Regierung in der Lage sei, den notwendigen Betrag von der deutschen Industrie zu erlangen.

Die Großindustriellen suchen ihr Kreditangebot zu retten.

Berlin, 19. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Widerstand, den der Versuch des Großkapitals, die Reichseisenbahnen in seine Hände zu bekommen bei der Arbeiterklasse gefunden hat, hat vorläufig das Ergebnis gezeitigt, daß die Industriellen einzulenkten versuchen. Sie haben an den Reichszentraler ein Schreiben gerichtet, in dem sie wieder zu ihrem ursprünglichen Münchner Beschluß zurückkehren und diesen als geeignete Grundlage zur Weiterführung der Kreditaktion bezeichnen. Die Industriellen haben also formell den Rückzug angetreten. Aber es ist nicht zweifelhaft, daß sie versuchen werden, auf anderem Wege doch zu ihrem Ziele zu gelangen. Zu der Arbeiterschaft herrscht allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß es mit den Vertretern des Großkapitals kein Verhandeln geben darf, sondern daß ihnen gegenüber rücksichtslos die Staatsmacht eingesetzt und daß mit der Erfassung der Sachverhalte sofort begonnen werden muß.

Inzwischen ist der ungetrounte König des deutschen Großkapitals, Stinnes, nach London gereist, um dort auf eigene Faust mit Lloyd George über die Wirtschaftslage des deutschen Reiches und über die deutschen Reparationsleistungen zu verhandeln. Die „Freiheit“ nennt diese Reise eine äußerst bedenkliche Entscheidung. Stinnes habe als Politiker stets verderblich gewirkt und in aller Erinnerung sei noch sein Auftreten in Spa, wo er durch Provokation der Ententevertreter die Verhandlungen bewußt zum Scheitern zu bringen versucht habe.

Beginn der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Genf, 18. November. Altpräsident Calonder, der vom Völkerbundrate mit der Führung der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien betraut worden ist, hat der deutschen und der polnischen Regierung mitgeteilt, daß die Verhandlungen am 23. November, um 11 Uhr vormittags, in Genf eröffnet werden.

Der Lohn des europäischen Ruheförers.

20.000 Pfund Sterling Apanage für Karl.

Die Botschafterkonferenz hat, wie die Agence Havas aus London meldet, für Karl Habsburg zu Lasten der Nachfolgerstaaten einen Jahresgehalt von 20.000 Pfund Sterling, das sich einschließlich Millionen Kronen, festgesetzt. Der Beschlus fordert zum schärfsten Widerspruch heraus. Der Kaiser hat im frevelhaftesten Leichtsinne Europa zweimal binnen eines halben Jahres an den Rand eines Weltkrieges geholt, er ist ein Schwerverbrecher aus gemeiner Gabel, woran der Umstand nichts ändert, daß seine Räuberzüge einem Throne galten. Schwerverbrecher gehören ins Justizhaus, dem gekrönten Kaiser aber gibt man hunderttausend Millionen jährlich! Für die Botschafterkonferenz, diese Vertretung des kapitalistischen Imperialismus, ist eben die Idee des monarchistischen Kaiserismus noch immer eine heilige Sache.

Alagrarischer Abstimmungsterror.

Wien, 19. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Im Abstimmungsgebiet von Brennberg hat ein starker Terror der ungarischen Regierung eingesetzt. In Ledenburg haben die ungarischen Behörden den Polizeidienst verstärkt. Der Bürgermeister von Ledenburg hat mit einer großen Propagandaaktion eingesetzt. Nach der Art der ungarischen Wahlen werden dort in den verschiedenen Gasthäusern täglich Gastmahl gegeben, wo die Bevölkerung umsonst bewirtet und für Ungarn boardet wird.

Sorby und Frankreich.

Budapest, 19. November. (M.A.B.) Der französische Gesandte in Budapest Doucet überreichte heute dem Reichsverwesler sein Beglaubigungsschreiben.

Die Washingtoner Konferenz.

Englands Widerstand gegen die Rüstungseinschränkungen.

London, 18. November. Dem Washingtoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ zufolge, widersteht sich die britische Marinelegation auf der Washingtoner Konferenz der proportionalen Verminderung der Flotte, solange nicht die künftige Größe der französischen und der italienischen Flotte festgesetzt sei, da sonst Frankreich in fünf Jahren beginnen könnte, durch Flottenbauten die Vorherrschaft zur See anzustreben, wie es die Ueberlegenheit zu Lande besitze.

Hughes will nicht mit sich handeln lassen.

Washington, 19. November. (Reuter.) Die amerikanische Delegation sieht die verhältnismäßige Stärke der Flotten, die in dem amerikanischen Verwässerungsvorschlag festgesetzt wird, als grundlegenden Vorschlag an. irgendeine Änderung könnte die gesamten Verhandlungen in Mitleidenschaft ziehen. China widersteht sich der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses.

Der Standpunkt Frankreichs.

Washington, 19. November. (Havas.) In der Plenarversammlung der Konferenz vom 21. d. wird Ministerpräsident Briand ausführliche Darlegungen über die Situation Frankreichs machen. Er wird erklären, daß Frankreich das Programm Hughes günstig ansehe und anführen, daß Frankreich das Marineprogramm vom Jahre 1912 nicht wiederangenommen habe. Der gegenwärtige Stand der französischen Flotte entspreche nicht der geographischen Lage, der Küstlänge und den Kolonien Frankreichs. Briand wird ferner darauf verweisen, daß sich in Rußland anderthalb Millionen Männer unter Waffen befinden, sowie auf die Gefahr, welche hierauf für Polen und Deutschland (1) entstehe. Daher werde Frankreich, so lange die Ordnung in Europa nicht sichergestellt sei, gezwungen sein, seine Truppen auf dem gegenwärtigen Stande zu erhalten. Frankreich sei nicht durch natürliche Grenzen geschützt. Der Garantie-Vortrag, welcher zum Austausch gegen die Rheingrenze angeboten wurde, sei nicht in Kraft getreten.

Vor dem Ende des englisch-japanischen Bundes?

London, 19. November. (Reuter.) England ist völlig darauf vorbereitet, den Abschluß eines Dreistaaten-Abkommens oder die Revision der anglo-japanischen Entente in Erwägung zu ziehen.

Washington, 19. November. Der Kriegsekreter teilte mit, daß der neueste Typ des Ueberdreagnouth in Amerika, „Marland“ die vorgezeichnete Geschwindigkeit von 21 Knoten um 1 1/2 Knoten übertroffen habe.

Englische und amerikanische Kampfschiffe.

Paris, 19. November. Nach dem Sonderberichterstatter der „Havas-Agentur“ aus Washington ist in einer aus 5 Admiralen bestehenden Kommission unter Vorbehalt der Zustimmung der Konferenz die englische und die amerikanische Großschiffslage wie folgt angelegt worden: 18 Panzerkreuzer, 4 Schlagschiffe für Großbritannien, 18 Panzerkreuzer für die Vereinigten Staaten. Diese Ziffern decken sich mit den von Hughes vorgeschlagenen.

Englisch-ägyptische Verhandlungen gescheitert.

London, 19. November. Wie das Reuterbüro mitteilt, sind die Verhandlungen der englischen Regierung mit der ägyptischen Delegation gescheitert, da diese den ihr von Lord Curzon übermittelten Vertragsentwurf verworfen hat. Die Delegation wird morgen London verlassen und nach Kopenen zurückkehren.

Die russische Hungernot.

Spende der Stadt Berlin.

Berlin, 18. November. (Tsch. P.) Die Sammlungen für die Staatsaktion zugunsten der Hungernden Rußland ergab in Großbrunn über 94.000 K. Die Naturalgaben nicht inbegriffen. Der Stadtrat beschloß heute diesen Betrag aus der Stadtkassa auf 100.000 K zu ergänzen.

Rußlands Vorkriegsschulden an dreizehn Milliarden.

Moskau, 19. November. (Funf.) Die Schulden Rußlands betragen am 1. März 1918 12.749 Millionen alte Rubel. Davon entfallen auf England 5.929 Millionen, auf Frankreich 5 Milliarden, der Rest auf Amerika.

Eine Schlacht vor Kiew.

Wien, 19. November. (Ukrainischer Pressebericht.) Vor den Toren Kiews tobt seit zwei Tagen eine große Schlacht zwischen den ukrainischen Anhängern und Bolschewiken. Die Bolschewiken, welche die Stadt um jeden Preis zu halten suchen, warfen ihre besten Truppen, darunter die Kadetten der Offizierschule in Charlow, in den Kampf.

Die internationale Arbeitskonferenz.

Soziale Maßnahmen.

Genf, 18. November. (M.S.) Die Internationale Arbeitskonferenz hat mit 76 gegen drei Stimmen eine Konvention angenommen, welche die Frauen- und Kinderarbeit unter 16 Jahren untersagt. Die Konferenz, nahm mit 81 gegen 1 Stimme einen Antrag an, in welchem den Regierungen empfohlen wird, den wöchentlichen Ruhetag im Handels- und Gewerbe ohne die von den Industriellen beantragten Ergänzungen in Wirklichkeit zu setzen.

Eine Rundgebung der deutschen Landwirtschaft.

Unter obigem klangvollen Titel wird in verschiedenen bürgerlichen Zeitungen eine ziemlich umfangreiche „Denkschrift der deutschen Landwirtschaft für Böhmen, Mähren, Schlesien und die Slowakei“ an die Regierung erwandt. Hinter der „Denkschrift“ stehen geschlossen die Organisationen der Großhändler, der Großbauern und deren Trabanten. Die breite Masse der Kleinlandwirte, die Mehrheit der Landwirte überhaupt, hat damit absolut nichts zu tun. Für die Großgrundbesitzer und ihre Freunde existieren die Kleinbauern und Händler nur zu Zeiten der Wahlen, wo von ihnen Stimmen zu haben sind, welche politische Macht verleihen.

Die Denkschrift beginnt mit einer Loyaltätsklärung an die tschechoslowakische Regierung: „Gewohnt zu treuer Pflichterfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten, haben die deutschen Landwirte auch nach dem Umsturz in muntergültiger Weise ihren hohen Sinn für staatliche Ordnung und ihr volles Verständnis für die Bedürfnisse der Allgemeinheit bewiesen.“ Nachdem man sich dergestalt als brave Staatsbürger der Regierung vorgestellt hat, beginnen die Herren zu jammern und zu klagen über zu große Belastungen und über die Sorge um die „Selbstverwaltung auf landeskulturellem Gebiete“. Der Regierungsentwurf über die Landwirtschaftskammern und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wird ebenso abgelehnt wie der Gesetzentwurf über die Landwirtschaftsinspektoren. Verlangt wird ein größerer Einfluß und eine kräftigere finanzielle Unterstützung der land- und forstwirtschaftlichen Körperlichkeiten und des Genossenschaftswesens. Inbezug auf die Steuererhebung fordert man „gerechte Verteilung der Steuerlasten nach der Leistungsfähigkeit.“ (Wie reizend doch dieser Wunsch der Großhändler ist!) Am Ende soll noch der Häusler härter zur Steuerzahlung herangezogen werden? Im Interesse der Großgrundbesitzer liegt es auch, wenn in der Denkschrift die „Notwendigkeit der von den Landesulturräten formulierten Zollschneidforderungen der heimischen Landwirtschaft“ gegen die „übermächtige, weit unter wesentlichen günstigen natürlichen Voraussetzungen, Steuer- und Lohnverhältnissen (!) arbeitende Konkurrenz“ betont wird. Das klingt alles so bekannt aus der altösterreichischen Zeit, als ob die Agrarier noch unter ihrer ursprünglichen Flagge segelten und es nicht für geboten halten, unter falscher Maske (als Landwändler und dgl.) auf Wählerjag auszugehen. Sehr vertraut ist uns auch die alte heuchlerische Forderung der Großagrarien in der vorliegenden Denkschrift, „daß der Gefahr der Einschleppung gefährlicher Tierseuchen“ vorgebeugt werden müsse durch das „unbedingte Verbot der Einfuhr von lebenden Tieren aus jenen Staaten, deren veterinärpolizeilichen Verhältnisse noch stark rückständig sind.“ An der bisherigen Politik der Großhändler hat sich, wie man sieht, nicht das mindeste geändert.

Sehr charakteristisch ist die Stelle der Denkschrift über die Bodenreformgesetze. Festhaltend an der „Einrichtung des Privateigentums“ werden die erwähnten Gesetze verworfen. Man verlangt eine „gesunde Grundbesitzverteilung“. Wie sich die großagrarischen Politiker eine „gesunde Grundbesitzverteilung“ vorstellen, wird zwar in der Denkschrift nicht verraten, aber die vom Abg. Dr. Medinger vor einiger Zeit im Parlament eingebrachte Interpellation über die Aenderung der Bodenreformgesetze gibt Einblick in die wirklich naive Denkweise der Großgrundbesitzer. Darin wird nämlich nicht mehr und nicht weniger verlangt, als die Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die Verwandten der Eigentümer. Wohin diese sonst noch zielen, beweist ihr Verlangen „nach Aufhebung“ oder Novellierung aller jener Gesetze, die zum Schutze der Rechtsicherheit und der ruhigen Entwicklung dem Grundbesitz der Untertanbarkeit des Privateigentums widersprechen.“ Demnach wünschen die Herren Agrarier offenbar die Aufhebung

auch der Gesetze über die langfristigen Kleinpachtungen?

Nach dieser Kostprobe großagrarischer Weisheit ist es kein Wunder mehr zu nennen, daß die Denkschrift Stellung nimmt gegen die Beschlagnahme von Gebäuden oder ihren Teilen zu öffentlichen Zwecken, daß sie die Volksgesetze zur Bestrafung des Kriegswuchers mit den Nachtragsgesetzen und Verordnungen verwirft und die Verordnung vom 3. September 1920 über die Versorgung der Bevölkerung und wichtiger staatlicher Unternehmungen mit Bedarfsgegenständen (Festsetzung der Verkaufspreise bei Milch etc.) ablehnt. „In grundsätzlicher Ablehnung aller Zwangsmaßnahmen und jeder Bevorgung des Konsums auf Kosten der Produktion (arme Agrarier!) wird die sofortige Aufhebung dieser Verordnung verlangt!“

Geradezu klassisch ist, was die agrarische Denkschrift in sozialer Hinsicht zu sagen weiß. „Die deutschen Landwirte sind unbedingte Anhänger einer ruhigen Entwicklung“. Sie „verwerfen allen Terror und alle Experimente, wie andererseits jede — Ausbeutung“. Schön gesagt, was? „In der Zufriedenheit seiner Arbeiter und in der ausreichenden Deckung ihrer Bedürfnisse sieht der deutsche Landwirt die beste Gewähr für das Gelingen seines eigenen Werkes“, verkündet selbstbewußt und stolz die Denkschrift. Und worin besteht die „beste Gewähr“ der deutschen Landwirte? Zunächst darin, daß den „gewissenlosen Scheern, die künstlich in den Reihen der landwirtschaftlichen Arbeiter Unzufriedenheit wecken das Handwerk gelegt und vor allem dem Terror mit der größten Entschiedenheit sofort Einhalt getan wird“. Nach einem freien Koalitionsrecht der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter rückt dieser Teufelsbraten der Großgrundbesitzer bestimmt nicht.

Die Denkschrift erhebt dann den „einmütigen Ruf nach vollkommener Aufhebung der Zwangswirtschaft“ als einer „überlebten und längst als schädlich erkannten Einrichtung“. Nachdem über die Aufteilung der Getreidekontingente Klage geführt wurde, betonen die Herren Großgrundbesitzer und deren Zuhälter heuchlerisch ihr „Verständnis für fremde Not.“ Dabei fordern sie gleichzeitig die Erhöhung der staatlichen Uebernahmepreise!

„Bauend auf die Gerechtigkeit ihrer Sache und vom allgemeinen Wohl“ sprechend, versichern die deutschen Großgrundbesitzer und ihre getreuen Handlanger, daß sie diese ihre „dringlichsten Wünsche und Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiete in voller Einigkeit aufgestellt“ haben. Die Denkschrift schließt mit der reissamenhaften Versicherung: „Die Erfüllung der vorgebrachten Wünsche und Anregungen wird nicht nur der deutschen Landwirtschaft in der Republik zugute kommen; der Staat selbst wird mittelbar den größten Nutzen daraus ziehen.“

An annahmender Ueberhebung fehlt es den agrarischen Wortführern wirklich nicht. Als nichtagrarischen Kreise, vor allem das landwirtschaftliche Proletariat, wissen nun, wessen sie sich vorzusehen hätten, wenn die Politik dieser Herrschaften erfolgreich wäre. Ihr Ziel ist die Wiederaufrichtung der allagrarischen Macht zum größten Nachteil der erdrückenden Mehrheit des gesamten Volkes. Der Kampf hingegen gehört zu den wichtigsten Aufgaben unserer Partei. Wirtschaftlich und politisch sind die deutschen Großagrarien zu den größten Feinden des arbeitenden Volkes zu zählen.

Tages-Neuigkeiten.

25 Jahre „Verein deutscher Arbeiter“. Heute vor fünfundsiebzig Jahren, am 20. November 1896, wurde der Grundstein des Prager deutschen Arbeiterbildungsvereines gelegt, mitten emporgewachsen aus dem sozialdemokratischen polnischen Verein, dessen Vortragabend schon damals von den wenigen deutschen Genossen eifrig besucht wurden. Die Schifffahrt des Vereines deutscher Arbeiter, dem anfänglich nur ein paar Handfuhmacher, Schriftsetzer, Gummiarbeiter und einige wenige deutsche Studenten angehörten, ist vor allem das Verdienst des Genossen Otto Pohl. Er, und nachher, als Pohl nach Wien übersiedelte, andere Genossen führten den „Verein deutscher Arbeiter“ zu jener achtunggebietenden Höhe, die sein Silberjubiläum zu einer besonderen Feier macht. Mit den schwersten Opfern wurde vor fünfundsiebzig Jahren dieses Bildungsvereines ins Leben gerufen, mit den schwersten Opfern, aber allen Verfolgungen zum Trotz, wurde er erhalten und immer weiter ausgebaut. Von Bezirk zu Bezirk mußte er wandern, seine Mitglieder wurden vom Staatsanwalt verfolgt und eingesperrt, aber trotz aller Mühen und Tücken blieb er bestehen, stets seinem Ziele treu, der Arbeiterbil-

ding und der Pflege proletarischer Geselligkeit. Diese beiden Ziele lassen den „Verein deutscher Arbeiter“ als das erkennen, was ihn in unsere Reihen stellt: als Streiter im Befreiungskampfe des Proletariats. Sein Verdienst ist es auch, die deutschen sozialistischen Akademiker, Kopf- und Handarbeiter, in seinem Kreise gesammelt und vereint zu haben. Der Verein begeht sein heutiges Jubiläum mit einer Nachmittags-Arbeitervorstellung im Neuen deutschen Theater und mit einer künstlerisch-geselligen Feier am Abend. Theater und Kunst überhaupt ist seit jeder das Gebiet, um dessen Erschließung für die Arbeiterklasse sich der Verein großes Verdienst erwarb. Wir wünschen ihm an seinem Ehrentage gleichen Erfolg wie bisher auch für die Zukunft. Möge er immer das bleiben, was er bisher gewesen: ein Kämpfer für die geistige Erziehung des sozialistischen Proletariats, ein Streiter für die erhabene Idee des Sozialismus.

Ehrungen für Gerhart Hauptmann. Der große Dichter hat es in Prag nicht ganz leicht gehabt. Er mußte, ob er wollte oder nicht, von Saal zu Saal pilgern, um die Zeichen der Bewunderung und Verehrung entgegenzunehmen, welche ihm alle Deutschen Prags zugebracht hatten. Je unmittelbarer und einfacher diese Liebesbeweise gewollt und dargebracht waren, desto mehr dürften sie das schlichte Herz des Meisters erfreut haben und deshalb wird ihm vermutlich die „Jugendfeier der Urania“ die liebste Ehrung gewesen sein. Diese Vierzehn- bis Achtzehnjährigen, die den Raum drängend füllten, können noch von echter Begeisterung glücken, ihnen ist noch ein großer Dichter alles und ihr eigenes Kleines ja nichts. Das ist die richtige Distanz, wie sie zwischen dem Durchschnittsmenschen und dem Genie bestehen soll, und sie vermüht man, auch zu sehr, bei dem Begrüßungsabend der deutschen Wissenschaftlichen und künstlerischen Vereine Prags. Vielleicht muß es so sein, vielleicht kann sich der Erwachsene nicht so selbstlos ausschalten wie der Jüngling, aber darum weihen sich die Bekanntheits der „Großen“ nicht weniger zu einer Vorlesung der niedergelegten und der frei vorbrechenden Eitelkeiten. Um das Gefagte mit Namen zu belegen, nennen wir die Herren Direktor Kramer und Dr. Kofka, von der Wichtigkeit ihrer Person hob sich die Bescheidenheit des Gefeierten ganz wunderbar ab. Wie schlicht und einfach brachte er doch sein Bekenntnis zu Heimat und Volkstum heraus, wie tief und menschlich klang nach der vollstündigen völkischen Phrase sein ewig wahres, allgemein gültiges Geständnis: „Nisse man mich aus der Muttererde, ich könnte nirgends mehr einwurzeln. Und also bin ich der Ihre im gleichen Gefühl. Das hindert nicht, daß ich mit vollem Verständnis, mit voller Achtung jedem anderen Volke gegenüberstehe. Wenn dieses Verständnis allgemein würde, so glaube ich, würde der Welt viel Jammer erspart bleiben.“ Hat sich nicht mancher im Saale fragen müssen, ob ein Teil des schwereren Vorwurfs nicht auch ihn treffe? — Den Schluß der Ehrungen machte Samstag die Promotion Hauptmanns zum Ehrendoktor der Prager philosophischen Fakultät. Sie vollzog sich in den alten feierlichen Formen, wußte sich aber, wenn auch als Ueberrest verbrauchter Tage, durch ihre gemessene Würde Achtung zu erzwingen; sich der Wissenschaft, die, ein Achenbrödel im Geldgetriebe der Gegenwart, wenigstens auf dem schmalen Boden der Universität die alte Herrschergewalt behauptet hat. Wieder klang in Hauptmanns Rede der vom nationalen Sader zum übernationalen Frieden mahnende Grundton herzlich durch: „Möge die Universität Prag wie bisher noch Jahrhunderte zum Segen der Menschheit weiterwirken, ein Hort des Friedens, der Weisheit und aller jener nationalen und übernationalen völkerverbindenden Eigenschaften, die mit den Künsten und der Wissenschaft verbunden sind.“ Nicht nur als dem großen Dichter, sondern auch als dem Apostel der Völkervereinigung wollen wir dem berühmten Gaste ein treues Andenken bewahren.

Die Kollage der Arbeiterchaft im Bischofteiniger Bezirk. Im politischen Bezirk Bischofteiniger wird, weil er ein „rein agrarischer Bezirk“ ist, keine Arbeiterchaftunterstützung ausbezahlt. Die Regierung will nicht begreifen, daß dort neben den vielen Großgrundbesitzern und Großbauern tausende arme Teufel leben; dem Staate sind die 2000 Arbeiter, die mit ihren Familien in diesem Bezirke hungern, zu wenig, er entläßt noch Arbeiter aus den staatlichen Remontendepots aus „Sparmaßsichten.“ Wie groß die Not besonders bei den Arbeitern in den Waldgemeinden der Gerichtsbezirke Ronsperg und Hoslau ist, zeigt der Umstand, daß bei den staatlichen Kostandshauten, die Leute um fünf bis sechs Kronen täglich arbeiten. Obwohl das Ministerium für soziale Fürsorge durch die Genossen Abgeordneten Schuster und Seidl und Sekretär

Der ungarische Hochverratsprozess in Brünn.

Gefälschte Dokumente. — Der kommunistische Verbrecher als Detektiv. — Schwere Mißhandlungen von Zeugen.

Der Hochverratsprozess gegen die magyarischen „Arredentisten“ aus der Slowakei, Bela Rudnay und Imre Dzita, der, wie wir gestern schon kurz berichteten, am Freitag vor dem Brüner Schwurgericht seinen Anfang nahm, hat sich schon in seinen Anfängen als ein Skandal von unerhörter Ausdehnung erwiesen. Der Skandal ist so groß, daß der Staatsanwalt selbst den Antrag stellte, das weitere Verfahren zwecks Verschaffung weiterer Beweise und der Sicherstellung, ob die vorgebrachten Behauptungen der Angeklagten und der Verteidiger der Wahrheit entsprechen, zu vertagen. Die Angeklagten haben bis zur Verhandlung neun Monate als Untersuchungsgefangene in slowakischen Kerker verbracht. Und nun höre man, worauf sich die Anklage aufbaut:

Bela Rudnay hielt nach der Verlesung der Anklageschrift eine ausführliche Rede, in der er Punkt für Punkt der Anklage entkräftete. Er gab zu, als Magyar für die nationalen Forderungen seines Volkes eingetreten zu sein, doch habe er dies stets im Rahmen des tschechoslowakischen Staates getan. Rudnay war Mitglied der christlichsozialen Partei in Leva (Slowakei) bis zu dem Tage, da er das Opfer eines Lockspiegels namens Topercu wurde, der Schriftführer der Partei des Rudnay war. Topercu ließ einmal absichtlich vor seiner Abreise nach Budapest einige verschlossene Briefumschläge auf dem Blumentisch des Besuchszimmers Rudnays ungeschlossen liegen. Einige Tage später am Mißternacht wurde Rudnay aus dem Schlafe geweckt, da drei Männer, die sich als Magyarern ausgaben, unbedingt Einlass verlangten. Zuerst erzählten sie allerlei geheimnisvolle Geschichten, dann gingen sie mit großer Sicherheit auf den Blumentisch los, wo noch immer die Briefumschläge lagen, die Topercu dort niedergelegt hatte, öffneten die Briefe und erklärten Rudnay für verhaftet. Hierbei benahm sich Dukas, einer dieser drei Männer, die sich nun auf einmal als Detektive

vorkstellten, besonders roh. Dukas war, wie Rudnay feststellte, früher Mitglied einer kommunistischen Terrorabteilung in Ungarn. Rudnay wurde mit einem Lasiato zugleich mit zwei anderen Verhafteten abgeführt. Der eine der Mitverhafteten, Dr. Chayah, wurde auf dem Wagen von dem Detektiv Dukas in der unmenslichsten Weise mit einer Peitsche mißhandelt und mit vorgehaltenem Revolver bedroht. Derselbe Dukas hat mit eigener Hand verschiedene Leute aufgehängt und im letzten Moment wieder abgehängt. Rudnay sagte: „Und solchen Leuten waren wir Magyarern ausgeliefert!“ Diese Bestie Dukas beging auch die Niedertracht, Rudnay zu beschuldigen, er hätte ihn während der Abführung ins Gefängnis mit 50.000 Kronen bestochen wollen, was späterhin als eine besonnene Behauptung und Lüge festgestellt wurde. Nach der Vernehmung Rudnays erfolgte die Feststellung, daß in der ganzen Wohnung des Angeklagten außer den oben erwähnten Schriftstücken kein einziges, ihn belastendes Beweismittel gefunden wurde und daß unter den Schriftstücken eine ganze Reihe plumper Fälschungen sich befanden. Durch die Akten wurde auch erwiesen, daß Dukas und seine Amtsgenossen eine ganze Reihe von Zeugen solange an das Fensterkreuz des Amtsräumes aufgehängt haben, bis sie sich zu einer Rudnay belastenden Aussage herbeiließen.

Auch der zweite Angeklagte Imre Dzita erklärte sich nichtschuldig. Der weitere Verlauf der Verhandlung war ein deraartiger, daß eben, wie schon erwähnt, der Staatsanwalt selber den Antrag auf Vertagung des Verfahrens stellte. Der Gerichtshof beschloß, das Verfahren zu vertagen und nahm sämtliche Anträge des Staatsanwaltes, welcher eine Ergänzung des Beweismaterials verlangte, an.

Die Verteidiger der Angeklagten verlangten, daß ihre Klienten aus der Haft entlassen werden, worüber die Ratskammer bisher noch nicht entschieden hat.

Freitfelder von den Verhältnissen genau unterrichtet wurde, daß durch die Verfürgung der Proleten auch die Arbeitslosen mitbetroffen wurden, findet man es nicht der Mühe wert, Abhilfe zu schaffen. Die Erledigung der von vielen Gemeinden eingebrachten Ansuchen um Subventionierung der Notstandsbauten läßt monatelang auf sich warten. Nicht nur die Lebensmittel werden durch Pucherer, sondern auch die Holzpreise durch die unerjätlichen Großgrundbesitzer ins Unermeßliche hinaufgetrieben, sodaß ein Arbeitsloser zwölf Tage bei Notstandsbauten arbeiten muß, um sich einen Meter Holz kaufen zu können. All diese Arbeitslosen suchten früher ihr Brot im nahen Deutschland und schickten die Gespinnisse den Familien nachhause. Auch jetzt noch arbeiten viele in Baiern, wurden aber von dort ausgewiesen oder können durch die Entwertung der Mark ihren Familien nichts mehr abgeben. Auch die Mobilisierung hat viele um die Arbeit gebracht. Ein Heer von Arbeitslosen wächst im Bischofteiniger Bezirk an. Die Not steigt von Tag zu Tag. Wir fordern darum von der Regierung sofortige Abhilfe der unerträglichen Zustände, unter denen die Arbeiterchaft des Bischofteiniger Notstandsgebietes so unerjät leidet.

Konstituierende Sitzung des Verfassungsgerichtshofes. Am 17. November fand auf der Prager Burg die konstituierende Sitzung der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Verfassungsgerichtshofes statt. Der Präsident des Verfassungsgerichtshofes Dr. Karel Baza eröffnete die feierliche Sitzung mit einer Kundgebung. Der durch die Verfassungsurkunde selbst ins Leben gerufene Verfassungsgerichtshof ist eine der früheren Rechtsordnung unbekannte Institution, die dem Zwecke dient, über die Integrität des Staatsgrundgesetzes, der Verfassungsurkunde, zu wachen. Diese Funktion übt der Verfassungsgerichtshof unter bestimmten Voraussetzungen als ein die Tätigkeit der mit der gesetzgebenden Gewalt betrauten höchsten Staatsorgane überwachendes Organ. Nach der Kundgebung nahm Dr. Baza das gefällig vorgeschriebene Gelöbnis der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Verfassungsgerichtshofes, alle Verfassungsgesetze genau und unparteiisch zu beobachten, entgegen. Zum Vizepräsidenten des Verfassungsgerichtshofes wurde der Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes in Brünn, Anton Bilh, gewählt.

Prostitution und Polizeistatistik. Die Polizeidirektion berichtet „zur Rettung der Ehre Prags“ eine wichtige Statistik der in einigen Blättern aufgetauchten Nachricht, daß in Prag einige tausend Frauen sich der kontrolllosen Prostitution ergeben. In der Nichtfeststellung heißt es, daß in Prag die Zahl solcher Frauen 600 nicht übersteige, während sich unter

Polizeianficht 806 befinden, welche Zahlen viel geringer seien als vor dem Ausbruch des Krieges im Jahre 1914, sodaß sich auch in dieser Hinsicht die Verhältnisse in der Hauptstadt gebessert hätten und günstiger seien, als in Weltstädten. Wir haben diese Nichtfeststellung unserem Gewährsmann Doz. Dr. Hecht zur Verfügung gestellt, der in unserer letzten Sonntagsnummer eine Abhandlung über das Bordellwesen veröffentlicht hat. Dozent Hecht schreibt uns hiezu: Meine Daten für Prag entstammen 1. den Angaben des Polizeibetriebsmittels Draschner und 2. dem Motivenbericht des Gelebenswunders zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in unserer Republik; diesen Motivenbericht hat Oberpolizeiarzt Dr. A. Ulrich zusammengestellt. Meine Zahlen rühren also von der Polizei selbst her. Daß die Prostitutionsverhältnisse nach dem Kriege günstiger sein sollten als vorher und gar noch besser als in anderen Weltstädten, ist ganz unglücklich. Die Schönfärberei mag in Dingen der äußeren Politik angebracht sein, aber in Sachen der öffentlichen Gesundheit ist sie geradezu von Schaden. Ueber die Verbreitung der geheimen Prostitution kann die Polizei nichts angeben, da man ja gerade die der Polizei nicht unterstehende Prostitution geheim nennt. Const aber ist sie für jeden, der Augen hat, um zu sehen, auch sichtbar; und für die Hochärzte an ihren Folgen, den Geschlechtskrankheiten, besser als für jeden Anderen, auch die Polizei mit inbegriffen.

Karl August Wittfogel, ein bekannter reichsdeutscher Soziologe, spricht Mittwoch, den 30. November in Prag im großen Uraniasaal, Smetichlagasse 22, über die „Soziologie der Kunst“ als Gast der freien Vereinigung sozialistischer Akademiker.

Mißbrauch der Theinkirche. Anlässlich einer Beschwerde des tschechischen Freidenkervereines „Volna Myslenska“ betreffend die Abhaltung von Vorträgen und Konferenzen in der Prager Theinkirche unter dem Titel von Abendandachten wurde in der gestrigen Stadtratssitzung einstimmig der Beschluß gefasst, die Pfarrer der Prager Kirchen dahin zu verpflichten, daß sie unter persönlicher Verantwortung dafür sorgen, daß die Kirchen zu keiner politischen Agitation oder zu Angriffen auf Andersgläubige mißbraucht werden.

Nach Außen „hui“, nach Innen „psui“! Die „Tribuna“ meldet: „Für die Bequemlichkeit der sich in Prag zu vorübergehendem Aufenthalt befindenden Fremden hat die Prager Polizeidirektion die Einrichtung getroffen, daß der zur Anmeldung erscheinende Fremde in einem Raume seinen Paß abgibt und in einem zweiten die Widerrung abwartet, welche so schnell wie möglich durchgeführt wird. Der Warteraum wurde jetzt sehr geschmackvoll eingerichtet, mit verschiedenen fremdsprachigen Zeitschriften und Propagandaschriften unserer

Bäder versehen, sodaß die Fremden voll des Lobes über diese Einrichtung sind, wenn sie sie in dieser Hinsicht der Einrichtung anderer Staaten vergleichen. Es ist gut, daß auch in so untergeordneten Dingen endlich eine Besserung eingetreten ist, denn auch die Kleinigkeiten sind bezeichnend und oft auch richtunggebend für den Eindruck und das Urteil des Auslandes für uns.“ Soweit die „Tribuna“. Wir hätten dazu zu bemerken, daß zumindest ebenso wichtig wie die Fürsorge für das Wohlfinden der Fremden die Rücksicht auf das Wohl und das Interesse der eigenen reisenden Staatsbürger wäre. Dieses ist aber der Prager Paßbehörde, die nur ihren bürokratischen Schimmel reitet, unseren Reisenden ganz und gar nicht behilflich ist, sie durch sorglose Behandlung, falsche Auskünfte und unnütze Laufereien schädigt, vollkommen gleichgültig.

Ueber den Völkervereinigung spricht Professor Rauberg in der „Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker“ Mittwoch, den 23. November, Karolinum IV., 8 Uhr.

Jod — das Allheilmittel. Ein Genosse, der derzeit in Pischin eingedrückt ist, schreibt uns: Wer im alten Oesterreich als Vaterlandsverteidiger diente, wird sich noch lebhaft aller hygienischen Einrichtungen dieser glorreichen untergegangenen großen Armee erinnern können. Chinin und Aspirin waren dort die Retter und Erhalter aller militärischen Schwungkraft und Elastizität. In der tschechoslowakischen Armee hat sich in dieser Hinsicht nichts geändert. Die ärztliche Marodenbiste unterscheidet sich hier nicht im Geringsten von den Bisten in der österreichischen Armee. Ich hatte öfter von eingerückten Rekruten diesen großen Hebelstand schildern gehört, aber den meisten Schilderungen keinen Glauben geschenkt. Die eben durchgeführte Mobilisierung sollte mich eines „Besseren“ beschreiben. Ich hatte als Reservist, wie auch viele meiner Kameraden, Gelegenheit, eine Krankenbiste mitzumachen. Einige hatten Halschmerzen (Angina, Bronchitis), andere Zahn- und Mundgeschwüre, wieder andere Nierenerreizen (Neurasthenismus) oder Beingeschwüre und Fußwunden u. s. f. Ich erhoffte nun eine halbwegs medizinischen Gesegen entsprechende Behandlung. Aber wie sah die aus? Bei Lungenphlegmatarrh wurde als Arznei „ein Tag kompaniemarod“ verordnet. Angina wurde mit Jodpinselung behandelt, ebenso die übrigen Hals- und Mundkrankheiten. Bei Bein- und Fußgeschwüren, bei Gliedererreizen, kurzum bei jeder Krankheit: Jod und wieder Jod. Welch ungeheurer Heißkraft wohl Jodinjektur besitzen mag! — Einen weiteren Vorschlag, den ich in unserer Staatszeit nicht für möglich gehalten hätte, ist folgender: Ein Kamerad, in den Jahren 1919 und 1920 von der sozialärztlichen Superarbitrierungskommission als Invaliden festgesetzt, wurde ungeachtet seines Befundes zum Militärdienst einberufen. Von seinem verkrüppelten Arme, der unfähig zu jedem Waffendienste ist, nahm man gar keine Notiz. Man versprach ihm zwar Superarbitrierung, aber dessenungeachtet mußte er anrücken und auch Arbeiten mitmachen. Man schickte ihn von einem Arzt zum andern, von Kommando zu Kommando und erst nach zwölf Tagen langem seelischen und körperlichen Marthrum durfte der Arme abrücken. — wir haben diesem Schreiben nichts hinzuzufügen als die Forderung, daß Invaliden und Kranke in der tschechoslowakischen Armee doch endlich gewisserhafter und menschlicher behandelt werden.

Kleine Chronik.

Rettung eines brennenden Unterseebootes. Entsetzliche Einzelheiten von dem verzweifeltsten Kampf um das Leben in einem 60 Meter unter Wasser in Brand geratenen Unterseeboot: weih die Mannschaft des amerikanischen Unterseebootes „E. 6“ zu erzählen, aus dessen Turm nach Flammen und Rauchwolken herausströmten, als es in diesen Tagen an der Schiffstation in Los Angeles einlief. Das Boot befand sich untergetaucht auf einer Schnellleitsprobefahrt zwischen S. Diego und Los Angeles. Für die Probefahrt waren 78 Stunden in Aussicht genommen. In der 49. Stunde aber sah man aus der Vorderbatterie Flammen herauskommen, die, vermisch mit Dampfvolken, bald das ganze Schiff erfüllten. Mehrere Matrosen waren sofort ohnmächtig geworden. Dem anderen Teil der 22 Köpfe zählenden Besatzung war es indessen geglückt, die Schotten zu schließen und das Boot zum Auftauchen zu bringen. Fast die ganze Besatzung war halb erstickt, drei Mann befanden sich noch in Lebensgefahr.

Flugpostverbindung um die Erde? Ein Plan, der gegenwärtig in den sportlichen und auch in den finanziellen Kreisen Amerikas, Englands und Frankreichs besonders lebhaft erregt wird, betrifft, wie die „Nachrichten für Luftfahrer“ melden, die Einrichtung eines Weltflugpostdienstes. Im Verlauf von sieben Tagen sollen eigens für diesen Zweck gebaute Flugzeuge um die ganze Erde fliegen, um Post zu befördern. Allein so schön dieser Plan ist, er hat einstweilen noch seinen Haken. Um die ganze Erde zu umfliegen, muß man nämlich auch die unendlichen Wasserflächen des Stillen Ozeans überqueren, und da hat sich beim zwischen den Sandwich-Inseln und der Westküste Amerikas bisher noch kein Landungsplatz für die Postflugzeuge auffindig machen lassen. Es werden also jedenfalls noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sein, ehe man so weit ist, das Ideal einer regelmäßig verkehrenden Weltflugpost verwirklicht zu sehen, ganz abgesehen von den Gefahren, die auch die in jenen Breiten so häufigen heftigen Weststürme den Fliegern bieten dürften.

Für die Erneuerung von Kleinpachtungen.

Die Abgeordneten Schweißhart, Seidl und Genossen haben an die Gesamtregierung folgende Interpellation gerichtet:

Das genannte Gesetz entspricht den berechtigten Interessen der Kleinpächter in keiner Weise, denn es bietet den Verpächtern die Handhabe zu den verschiedensten Schikanen, vor allem zur Kündigung der Pachtverträge und zur riesigen Erhöhung der Pachtpreise. Würden die Pachtungen aufgekündigt, so ist die ganze wirtschaftliche Existenz vieler Kleinlandwirte in Frage gestellt, zumal diese ausschließlich auf den Erwerb ihrer Pachtwirtschaft angewiesen sind. Der Notstand der kleinen Landwirte und Kleinpächter ist nicht um ein Haar geringer als derjenige der Mieter.

Deshalb fordern wir für die Kleinpachtungen den gleichen nachhaltigen gesetzlichen Schutz, wie ihn die Mieter durch das Gesetz vom 8. April 1920 (Sg. Nr. 275) über den Schutz der Mieter genießen. Insbesondere fordern wir daher durchgreifenden gesetzlichen Schutz: 1. gegen Kündigung und 2. gegen eine Steigerung der Pachtzinsen. Was die 1. Forderung betrifft, so stellt wohl das Gesetz über die Erneuerung der landwirtschaftlichen Kleinpachtungen den Grundsatze der Unkündbarkeit für drei Jahre auf, allein dieser Grundsatze besteht, in soweit Bauernpachtungen in Betracht kommen, nur auf dem Papier, denn das Gesetz läßt von diesem Grundsatze soviel Ausnahmen zu Gunsten der Großgrundbesitzer zu, daß dieser, wenn er nur mit genügender Schlaubeit zu Werke geht, jedem Kleinpächter die Pachtung wegnehmen kann. Stirbt z. B. ein Grundeigentümer oder übergibt er den Bauerngrund, so kann der Sohn dem Kleinpächter sofort kündigen.

Möglichst noch schlechter ist es um den Schutz der Kleinpächter gegen die Steigerung des Pachtzinses bestellt. Durch die Verordnung des Ständigen Ausschusses der Nationalversammlung vom 8. Oktober 1920 (Sg. Nr. 586) wurden für Kleinpachtungen nach der Bonität der Pachtgrundstücke abgestufte Maximalpachtzinsen festgelegt, welche sich eingelebt und bewährt haben. Den Grundbesitzern wurde darin ein 1/3-prozentiger Zuschlag zu dem Friedenspachtzins, demnach um 55 Prozent mehr als den Hauseigentümern, gewährt und eine 5-prozentige, somit eine sehr anständige Kapitalverzinsung gewährleistet. Würde den Hauseigentümern mit einmal gestattet werden, beliebig hohe Pachtzinsen zu verlangen, welcher Sturm der Entrüstung würde sich in der ganzen Bevölkerung dagegen erheben?

Das Gesetz vom 12. August 1921 (Sg. Nr. 313) über die Erneuerung der landwirtschaftlichen Kleinpachtungen hebt aber kurzer Hand die Maximalzinsen auf und gestattet hiedurch den Verpächtern, beliebig hohe Pachtzinsen zu fordern. Die Wirkungen zeigen sich bereits, indem die Grundeigentümer das 4- bis 5fache der bisherigen Pachtzinsen fordern.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese Zurückweisung der Kleinpächterklasse gegenüber der Klasse der Großgrundbesitzer und gegen die Mißachtung ihrer Notlage und stellen folgende Mindestforderungen auf:

1. Sofortige Wiederin Kraftsetzung der Maximalpachtzinsen, wie diese durch die Verfügung des Ständigen Ausschusses der Nationalver-

sammlung vom 8. Oktober 1920 (Sg. Nr. 586) festgelegt worden sind.

2. Sofortige Aufhebung der obigen Vorschrift des § 2 lit b) des Gesetzes vom 12. August 1921 (Sg. Nr. 313), wonach bei einem jeden Todesfalle des Grundeigentümers, oder wenn immer dieser die Wirtschaft dem Kinde übergibt, dieses die Pachtung sofort auskündigen kann.

3. Abänderung der Vorschrift desselben Paragraphen § 2 lit a) dahin, daß nur ein solcher Grundeigentümer die Pachtungen auskündigen darf, wenn er seinen Grundbesitz 15 Hektar betragenden Grundbesitz mit seiner Familie selbst bewirtschaftet.

Endlich sollen 4. Pachtungen von Teilsflächen, die nicht größer sind als 800 Quadratklafter (1 Estrich) nicht kündbar sein; denn einem Bauern mit 60 oder 100 Hektar und mehr macht es so wenig aus, ob er einen oder selbst mehrere Striche selber für drei Jahre in Pacht belassen muß, während von der Pachtung des einen Striches die wirtschaftliche Existenz gerade der ärmsten Kleinpächter abhängt.

Die Unterfertigten stellen hiemit die Anfrage:

Ist die Regierung bereit, in kürzester Frist eine Novellierung des Gesetzes vom 12. August 1921 über die Kleinpachtungen im obigen Sinne dem Parlamente vorzulegen?

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Verhandlungen der tschechischen Textilarbeiter mit ihren Unternehmern, die seit drei Tagen in Prag geführt worden sind, sind ergebnislos verlaufen. Die Möglichkeit eines Streiks ist gegeben.

Die Getreideablieferungspflicht der Kleinlandwirte. Die Abg. Seidl und Schweidhart haben beim Ernährungsminister Erba vorgeschrieben, im allgemeinen könne er an den vorgesehenen Ablieferungsquoten nichts ändern, nur in solchen Einzelfällen, wo es sich um offenkundiges Unrecht handle, könne er als Aufsichtsorgan regelnd eingreifen. Auf den nachdrücklichsten Hinweis darauf, daß zehntausende Kleinlandwirte, welche Rüben, Kartoffeln, Hopfen, Flachs etc. bauen, sich schon immer Getreide für den eigenen Bedarf kaufen müssen und daher aus der eigenen Ernte nichts abgeben, resp. sich bei anderen Bauern das Pflichtgetreide um teures Geld kaufen müßten, antwortete der Minister, daß dies stimmt, er könne aber daran nichts ändern. Es sei der Wille der Getreidebauern gewesen, daß nicht sie allein die „Last“ der Pflichtgetreideablieferung auf sich nehmen, sondern daß alle Landwirte in Form einer Naturalabgabe hierzu herangezogen werden. Allen Einwendungen, daß die Großbauern ihr überschüssiges Getreide in großen Mengen sehr teuer verkaufen, während die Kleinlandwirte, besonders im Gebirge, um viel Geld im Freihandel das Pflichtgetreide kaufen müssen, wobei sie z. B. 250 K per Meterzentner bei der Ablieferung einbüßen, tat der Minister mit der Bemerkung ab, daran sei leider nichts zu ändern, es sei eben so beschlossen worden. — Das Unrecht, das die Kleinlandwirte im Gebirge in diesem Falle erleiden, haben sie, wie aus der Darstellung des Ministers klar hervorgeht, ausschließlich der Uebermacht der Agrarier zu verdanken, die ihren Leuten, d. h. die Großbauern und Großgründer auf Kosten der Kleinlandwirte schonen um ihnen dadurch im Wege des Freihandels die Möglichkeit zur

Teilnahme. Zum Beispiel, wenn sie mich gefragt hat, warum mich die Arbeit nicht mehr freut und ob ich nicht lieber für eine Zeit verreisen möchte. Denn wir hatten Bestellungen genug, und sie trugen schön.

„Alles Mögliche hat sie getan, damit ich in gute Laune komme. Sehr lieb und herzlich war sie zu mir, und weil man spürt, man verdient das eigentlich nicht, so beruhigt man sich, indem man die Schuld auf das andere schiebt und sich denkt: aba, das schlechte Gewissen! Deshalb ist sie so zu dir.“

„Ueberhaupt, will ein Mensch dem Nebenmenschen eine Freude machen, so ist das immer einfach und man strengt sich nicht sehr an. Da will man die Absicht erraten haben und die Gefinnung. Will er ihn aber quälen, dann hat man Einfälle, ganz erstaunliche Einfälle, und man gibt sich Mühe, und man wird ordentlich merkwürdig und voll von Erfindungen. Das ist merkwürdig, und man darf darüber nachdenken, wie eigentlich die Natur des Menschen geht.“

„Das war wie ein Kampf zwischen uns. Und mich hat es gekreuzt, daß sie darunter leidet und sich den Kopf zerbricht, warum denn das zwischen uns so geworden ist und in so kurzer Zeit. Viel gebetet hat sie, und aus sich heraus ist sie traurig geworden.“

„Und dann kommt ein Tag, und ich denk ihn wie heute, und ich werde ihn nie vergessen.“

Er sann nach, und seine Augen waren offen und schimmernd.

„Die Tage sind länger geworden. Denn

1914	1921	Steigerung in %
1.00	1.30	30
1.00	1.40	40
1.00	1.50	50
1.00	1.60	60
1.00	1.70	70
1.00	1.80	80
1.00	1.90	90
1.00	2.00	100
1.00	2.10	110
1.00	2.20	120
1.00	2.30	130
1.00	2.40	140
1.00	2.50	150
1.00	2.60	160
1.00	2.70	170
1.00	2.80	180
1.00	2.90	190
1.00	3.00	200
1.00	3.10	210
1.00	3.20	220
1.00	3.30	230
1.00	3.40	240
1.00	3.50	250
1.00	3.60	260
1.00	3.70	270
1.00	3.80	280
1.00	3.90	290
1.00	4.00	300

es war nach Maria Lichtmeß. Ein strenger Frost; viel Schnee ist gelegen, und es war ein sehr kräftiges und günstiges Licht.

„Ich bin sehr verdrossen am Fenster gesessen und stiere hinaus auf das flache Land und auf das große Glettern, das in der Welt ist. Denn von jedem Schneehaufen und von jedem überschneiten Dach ist es ausgegangen, weil der Schnee trocken war und nicht geballt, mit einer großen und hellen Klarheit. Und die Häuser sind niedriger erschienen wie sonst, und die Ebene war sehr weit und übersonnt und die Berge näher und blendend, und alles war grell, daß es dem Auge wehe tat.“

„Ich hab' meine Peise geraucht. Und einmal hab' ich ein Zeichenblatt gespannt und mich dabei geärgert, weil mich eben alles verdrossen hat. Dann hab' ich mir eine große gründierte Leinwand angesehen, die da mit allem Zubehör hergerichtet war. Wozu denn aber? Ja, ich hab' schon gewußt, was mir da darauf soll. Aber dafür bestand gar keine Aussicht.“

„Und ich hör', wie die Tür hinter mir geht, und ich rühre mich nicht in meiner Beschäftigkeit. Denn sie soll und darf nicht merken, daß mir etwas daran liegt, ob sie kommt oder nicht. Und den Spitz jagt sie hinaus, ganz unvorsichtig, und der winkelt mir dann vor der Türe dann erschreckte ich ganz plötzlich; denn ich hörte, sie dreht den Schlüssel in der Türe um. Das quatscht. Einmal; zweimal. Und dann probiert sie — vorsichtig und doch mit einem starken Ruck... Sie hält...“

(Fortsetzung folgt.)

Schauspieler als Gewerkschaftler.

Der Verband der deutschen Bühnengehörigen in der tschechoslowakischen Republik hielt in Prag seine Generalversammlung ab. Als Vorsitzender fungierte der in Wien tätige Schauspieler Zeisel, der an dem Zustandekommen und der Weiterentwicklung der Schauspielergewerkschaftskommission angegeschlossen hat, wohnte den Verhandlungen Genosse Abgeordneter Dirsch als Vertreter der Gewerkschaftskommission bei. In längerer Rede erörterte er das Verhältnis zwischen Arbeiter und Schauspieler, begrüßte den organisatorischen Zusammenschluß aller Bühnengehörigen auf sozialistischer Basis, da ja der Bühnenkünstler, wie alle Bühnengehörigen, zu den Proletariatsangehörigen gezählt werden muß. Die Aufgabe der Schauspieler als internationale Arbeiter müsse es sein, gemeinsam mit dem gesamten Proletariat den Weg zu wandeln, um das eigene Los und das der gesamten Menschheit zu verbessern. Wir alle sind als Lohnarbeiter vom internationalen Kapital ausgebeutet und müssen uns deshalb international vereinigen, um das Joch des Kapitalismus abzuschütteln. Redner sicherte namens der Gewerkschaftskommission der Organisation des Bundes jederzeit tatkräftige Hilfe zu. An die Rede des Genossen Dirsch schloß sich eine rege Debatte an, welche zeigte, daß die Schauspieler und Künstler, wie alle Bühnengehörigen, durchwegs sozialistisch geprägt sind und auch schon gewerkschaftliche Tätigkeit zeigen. Die Verhandlungen waren dann dem weiteren Ausbau der Organisation in gewerkschaftlicher Richtung gewidmet und es wurden eine ganze Reihe organisatorischer Anträge und Anregungen zum Schutze der Rechte der Bühnengehörigen gegenüber den Direktoren beraten und beschlossen. In den neuen Vorstand wurde an Stelle des abtretenden Präsidenten Zeisel, der als Wiener Schauspieler nicht mehr Vorsitzender sein kann, Kapellmeister Janovský zum Vorsitzenden, zum ersten Stellvertreter Nachod-Prag, zum zweiten Stellvertreter Frieberg-Karlsbad, in die Bundesleitung Sierned-Prag, Klein-Prag, Falke-Troppau, Frieberg-Brünn, Sierned-Brünn, Bleher-Ruffig und Gut-Brünn gewählt. Die der Verbandsleitung bleibt Brünn. Zeisel wurde zum Ehrenmitglied gewählt.

Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater. Freitag abends gingen drei Einakter in Szene. Die Grotteske „Romteffe Cio“ von Max Burckhardt, ein Ausschnitt aus dem Leben einer Wiener Aristokratensfamilie, ist weder interessant, noch originell und protestiert nur der unerwartete, sehr wohlfeile Wit, mit dem der Autor sein psychologisches und sozial sehr oberflächlich behandeltes Werkchen abschließt. Literarisch unvergleichlich bedeutender ist der zweite blaublutdurchströmte Einakter, Schnitzlers Komödie „Romteffe Mizzi“. Aber gerade, weil in diesem Stücke das Problem der Liebe und all dessen, was unter diesem Namen durch die Welt segelt, etwas herzhafter angefaßt ist, hinterläßt die Komödie einen noch schärferen Nachgeschmack als Burckhardts nichtsagende Gro-

Die Hanna.

Von J. J. David.

„An jeden Einfall klammert man sich, ob er einem nicht weiterhelfen könnte. Und wovon ich mir viel versprochen habe, wie eine Offenbarung, dies habe ich dir schon gesagt. Und so bin ich immer wieder darauf gekommen, nachdem man einmal davon angefangen hat. Gänzlich unvernünftig ist mir mein Weib vorgekommen. Ich hab' über sie gespottet und hab' sie gequält, und sie hat sich alles gefallen lassen und sich nicht mit einem Wort zu wehren gewußt. Aber nachgegeben hat sie mir auch nicht, und ich hab' verstanden, was sie damals mit ihrem Eigensinn gemeint hat. Nur sehr oft war sie in Tränen. Die haben mich aber nur geärgert, denn das war zu nichts, rein zu nichts und verleidet einem nur das Leben, das mich so schon gar nicht sehr gekreuzt hat.“

„Und überdies ist mir eine neue Angst gekommen und hat mich sehr gequält und ausgezerrt.“

„Nämlich, solange wir als lebige Leute einander lieb gehabt haben, so hab' ich mich niemals geängstigt, es könnte was werden. Sie hat es auch nicht getan, oder hat es mindestens nicht gezeigt. Vielleicht aus Frömmigkeit, weil doch nichts geschieht, was nicht sein soll, und soll etwas geschehen, so müßt wieder kein Sorgen.“

„Nest aber hätte man damit rechnen müssen. Ja, man hat sich's im Grunde sehr gewünscht.“

Denn für die Dauer allein bleiben wollte man nicht. Wenn uns aber Gott nun ein Kind beschert? Es war mindestens möglich, daß... Ja, wie soll man das nur sagen? Aber weicht du, es ist schon manche Frauenschönheit darüber verloren gegangen. Immer wird sie doch wenigstens für eine Zeit gestört, und manchmal geht sie doch auch für immer weg. Und diese war mir unerträglich, und daß sie verschwinden soll, ohne daß mir ein Abbild bleibt von ihr, dieses hat sehr an mir gestreßen, und es war wie ein übles Wollen und eine böse Absicht, die ich mir um sie doch gewiß nicht verdient hab', von meiner Frau.“

„Und dazu darf man von dem allen nicht einmal reden. Denn im Grunde fühlst man doch, wie roh das ist und wie schlecht, und kann nichts dagegen tun.“

„Es ist erst nur ein Wunsch gewesen. Und dann ist es in mir zum Begehren ausgewachsen, auf das man sich mehr und mehr verbergt und vertreibt und das gestillt werden muß, oder man geht zu grunde daran. Daß es vielleicht auch ein anderer Mensch ist, um den es geht, dieses fällt mir nicht ein. Denn man denkt an niemanden, nur an sich selbst und an das, was man für sich notwendig glaubt, wenn man erst an so etwas erkrankt ist. Und es ist wie ein Zwang über allen Gedanken, daß man sie von diesem einen nicht wenden kann und daß keine Ablenkung nützt. Und wie eine schwere Lähmung liegt es über allem Tun.“

„Und so bin ich denn immer launenhafter geworden. Und ich hab' sie schief angesehen und habe spitze Worte für sie gehabt für ihre

teste. Schnitzler offenbart die Schwäche der defakenten bürgerlichen Gesellschaft im Liebesleben, aber er läßt keinen Lichtblick höherer Auffassung schimmern. Wir spüren so etwas wie ein mitleidiges Lächeln des Dichters, aber helfen? — helfen scheint er nicht zu können. Nach den beiden „Komtesen“ schien die Restroy-Posse, obzwar die „Früheren Verhältnisse“ eine seiner schwächsten ist, wie eine Erlösung. Der gesunde, natürliche Humor des Wiener Dichters aus einer moralisch weit weniger angefaulten Zeit, wirkt auch auf uns noch kräftig. Die „schlechten Leute“, auf die Restroy seinen Muff so weiblich schimpfen läßt, sind nämlich im Grunde gar nicht so schlecht, haben nur so wie alle „Leute“ Fehler und Schwächen und sind uns hundertmal lieber als die schlechte Gesellschaft, die die Dichter von heute meist nur darstellen, ohne Kritik zu üben. Der Hausknecht Muff ist eine der besten Leistungen Thallers, hier ist er der echte Wiener Charakterdarsteller vom alten Schlag. Ueber ihn und Frau Glöckner-Kramer, der ganz ähnlich das Lustspiel-Gebiet der komischen Alten am nächsten liegt, wurde herzlich gelacht. Ihnen und dem alten Restroy sei es gedankt, daß der Abend nicht nutzlos verrann. Thaller war übrigens in allen drei Stücken vortrefflich, während Frau Glöckner-Kramer zu sehr aus der Wienerborstadt zu kommen schien. Kramer war ein etwas zu nonchalanter Herrenhäusler. — D.

Das Aufführer Stadttheater, dessen erfreulich künstlerischer Ehrgeiz an dieser Stelle schon wiederholt gewürdigt wurde, hat im Laufe dieses Monats zwei schwierige Aufgaben glänzend gelöst: am 12. unter Adolf Kiezl's feinsinniger musikalischer und Rittersbergs zielstrebiger Regie eine abgerundete „Walären“-Aufführung, in der sich neben der begabten Trägerin der Titelrolle — Fräulein Charlotte Lajer — die Damen Klang (vom Landes-theater) als Sieglinde und Ferry als Frida, sowie die Herren Neumayr (Wotan), Seitzner (Sigmund) und Almajsi (Hunding) auszeichneten, und am 17. eine Schiller-Nachfeier mit der Reinszenierung des Revolutionsdramas „Fiesco“. Es war an sich ein guter Gedanke der Theaterleitung, für den diesjährigen Schiller-Tag gerade dieses republikanische Trauerspiel zu wählen und der Regisseur Dr. F. J. Engel sowie die Darsteller — allen voran die Herren Hillinger (Fiesco) und Gimegg (Gianettino) taten das ihre, der Vorstellung zu einem vollen verdienten Erfolg zu

verhelfen. Dr. Engel schuf vermittelst Stilbühne stimmungs- und geschmackvolle Bühnenbilder, die sich sehr pausenlos aneinanderreihen, wodurch das Publikum die ganze Auf-führung hindurch völlig im Banne der Dichtung erhalten blieb, und erst zum Schlusse in be-günstigtem, langanhaltendem Beifall seine be-zugbare Anerkennung bezeugte.

Neues Theater. Heute nahm 2 Uhr Arbeiterdarstellung „Die lustigen Weiber von Windsor“, abends Premiere der neuen Robert Stolz-Operette „Die Tanzgräfin“. Erste Wiederholung „Tanzgräfin“ Freitag. Morgen Montag die neuinszenierte Kienzloper „Auhreien“, Dienstag Mozarts „Don Juan“ unter Jem-linskys Leitung. Mittwoch Abend wird der Ein-akterabend mit Schnitzlers „Komtesse Wizzi“, Purkhardts „Komtesse Clo“ und Restroys „Früheren Verhältnissen“ wiederholt. Donner-stag und nächsten Sonntag Nachmittag die Ope-rette „Bitter aus Dingsda“.

Der Aunabend des Vereines deutscher Ar-beiter in Prag, der aus Anlaß des fünfundsünf-zigjährigen Bestandes des Vereines heute abends im großen Brana'saal um 8 Uhr stattfindet, wird eine außerordentliche Bereicherung erfahren durch das Auftreten der bekannten Geigenkünf-lerin Amalie Barisfeld, die sowie die Künstlerin unseres deutschen Theaters Tereza Glöckner-Kramer, Susanne Fich-Göhl, Max Kri-ener, Ludwiga von dem Bruch und Otto Sol-tan ihre Mitwirkung zugesagt hat. Eintritts-karten sind an der Abendkasse der Brana zu haben.

VII. volkstümliches Sonntagkonzert. Heute halb 4, Produktendörse. Max Klein — A. Jem-linský. Kammerfänger Steiner hat freundschaft-licher abtelegraphiert, sein Konzert wird nach-gezogen. Max Klein und A. Jemlinský haben sich bereit erklärt, Schuberts Lieder aus „Die Winterreise“ zum Vortrag zu bringen. Restliche Karten von Kr. 3-12 und Steuer an der Konzertkasse.

Turnen und Sport.

D. F. C. Prag g. Cechie, Brschowitz 4:0 (0:0). Der D. F. C. der auf dem besten Wege ist, das Vertrauen seiner Anhänger wiedergewinnen, schlug gestern die Besieger der Ligamannschaft D. F. R. Auffs (3:0) in einem sehr angeregten Spiel. Die Deutschen stellten eine kombinierte Mannschaft, in denen besonders Kimpson als Mittelstürmer, sowie Maurer und insbesondere der Goalman Werbis hervorstachen. Ein tüch-tiger Versager war Janse, sowie Langweil, von dem wir dies schon gewöhnt sind. Die Goals je 2 Maurer und Kimpson, darunter ein Strafstoß.

Das Spiel wurde von Schiedsrichter Hofkerat einwandfrei geleitet.

A. C. Sparta, die tschech. Meisterschaft, unter-nimmt Weihnachten ein Tournee nach Spanien, um gegen die spanische Meisterschaft F. C. Barcelona und gegen A. C. Bilbao anzutreten. Sparta spielt heute gegen S. K. Liben. Der Sie-ger aus diesem Treffen kommt gegen den Sieger aus dem ebenfalls heute stattfindenden Spiele Slavia-Viktoria Jizkov um den tschechischen Po-tal, welches Spiel nächsten Sonntag stattfindet.

Heutige Spiele: in Prag: Vorjahrhunden um den tschech. Pokal: A. C. Sparta-S. K. Liben, S. K. Slavia-Viktoria, Jizkov, ferner Deller-pokal Entscheidungsspiel: D. F. C. Erf. g. Tepl. F. R. Erf., C. A. F. R. g. Dagnibor, A. F. R. Br-sovice g. S. K. Nusle, Starom. S. K. Cechie g. Cechoslovak, Kofchirák, in Teplín: Ligameister-schaftsspiel D. F. C. Prag gegen Tepl. F. R. 03, in Königgrätz: S. K. Prader Real. gegen Cechie, Karlin.

Nächsten Sonntag spielt die Prager Sparta in Prag gegen den Tepl. F. R., jedoch nur dann, falls Sparta nicht in die Pokalschlachtrunde kommen sollte, da sonst das Entscheidungsspiel um den tschech. Pokal stattfindet.

Aus der Partei.

Die Bezirkskonferenz in Landkron hat neuer-lich den Beschluß gefaßt, alle Mittel anzuwenden und an alle in Betracht kommenden Stellen heranzutreten, damit unter allen Umständen dem Volke die Ausübung seines Rechtes bei der Mit-wirkung an der Schulverwaltung er-möglicht wird, insbesondere daß der Bezirks-schulsausschuß sofort konstituiert werde und die Amtstätigkeit aufnehme. Diese Entschlieung wurde der politischen Bezirksver-waltung in Landkron mit dem Ersuchen vorge-legt, dieser Forderung entweder im eigenen Wirkungsbereich Rechnung zu tragen oder an die zuständige Stelle weiterzuleiten.

Localorganisation Weinberge-Rudse-We-schowitz. Dienstag, 22. November 1921, 8 Uhr abends wichtige Besprechung im Hammerles Restaurant, Weinberge, Jungmannstrasse 55.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Handel, Industrie und Verkehr, Ortsgruppe Prag. Am 7. Dezember in Deines Wintergarten Unter-haltungabend. Karten bei Richard Schönfelder, Fügnerplatz 4, im „Sozialdemokrat“ und bei Dr. Peter Deutsch.

„Naturfreunde“ Prag. 20. November: Aus-flug in die Scharla. Treffpunkt 10 Uhr Ausstel-lungsplatz. Führung Schmidt. — 27. No-vember: Wanderung in das Bojaner-Tal. Treffpunkt Wilsonsbahnhof 10 Uhr 15. Fahrt nach Wyltschan. Führung: Hammerles. — 7. Dezember: Aloisabend. Feinegärten. Kar-ten sind bereits zu haben.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Stranz. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Solide Optik. Ausführung ärztl. Rezepte. **M. DEUTSCH** 280 Optiker u. Mechaniker, Prag I., Graben 25. (Kleiner Bazar.)

Bafas Million den Schulkindern.

Wir teilen in den Städten, wo unsere Ver-kaufsstellen sind, aus:
3000 Paar á K 90.— K 297.000.—
4250 „ „ 129.— „ 548.50.—
7750 „ „ 149.— „ 1.154.750.—
Im Ganzen 15.000 P. Schuhe im Wert K 2.000.000.— für halben Preis das ist für K 1.000.000.— auf folgende Art:
Schuhe für K 99.— werden verkauft f. K 49.50
„ „ 129.— „ „ 64.50
„ „ 149.— „ „ 74.50
auf folgende Art:
Jede unserer Verkaufsstellen erteilt im Orte dem Schulkarte für die ihm zugewiesene Anzahl Anweisungen, welche dieser den Schulen über-gibt, die sie unter die ärmsten Kinder austeilen. Die Kinder müssen mit der Anweisung selbst in der Verkaufsstelle die Schuhe anprobieren und abnehmen.
Die Firma garantiert für die Dauerhaftig-keit eines jeden einzelnen Paares. 326
F. & A. Bafa, Zlin.
Heute vorm. 1/11 Uhr D.F.C. PL.
D.F.C. gegen Cechie Vrsovice Reserve
Karten an der Kassa. 347



Bei Gicht, Rheumalismus, Verkühlungen, bei Gliederleiden, Influenza, Kreuzschmerzen, steifen Hals etc bewährt sich stets als schmerzstillende Einreibung
Dr. Richters ANKER-LINIMENT
Caps. comp. — früher
ANKER PAIN EXPELLER.
Preis für die Flasche K 8.—, 12,50, 20.—. In allen Apotheken vorräthig. Direkte Aufträge erbeten an **Dr. Richters Apotheke „Zum gold. Löwen“ in Prag I.**
Aufträge über K 50.— führen wir franko aus! Alle unsere Haus-mittel tragen die Schutzmarke „Anker“.

Amerikanische Addiermaschinen „DALTON“ Rechenmaschinen
BRUNSVIGA „MERCEDES“
Amerikanische „MONARCH“-SCHREIBMASCHINEN
Vorvielfältigungsapparate
SCHAPIROGRAPH
In, Farbbänder und Karbonpapier
„Courant“-Spitzmaschinen
verlangen Sie Prospekt „A“
L. u. G. Halphen, Prag
Mikulašská 22. Telefon 2342.
Filiale: Wien VI., Küstlergasse 6.
Reparatur aller Büromaschinen.

NIEDERLAGE DER KOHLENWERKE der priv. Dux-Bodenbacher-Eisenbahn
L. SACHS in PRAG,
Diázdéná Nr. 6. Telefon 1551, 9479.
Liefert: allerbeste Stein- und Braun-kohlen, Briketts, Oberschl. Hüttenkoks, Holz.
Fuhrenweise — Waggonweise.

National u. Praga KONTROLL-KASSEN
von K 950.— mit Fabriksgarantie
Rekonstruktionen
Umbau 312
Reparaturen
Vernickelungen
Repar. Abonement
zu den billigsten Preisen
Im Fachgeschäft:
Kontroll-Kassen G.m.b.H.,
Prag I., Rybná ul. 20.

ZITRONEN
primissima „Syracus“, Kisten 40 kg schwer, 300er od. 360er K 250.—, bei en gros Abnahme K 240. Wallnüsse rumänische 100 kg K 1500.—, Felgen, klei-ne Kränze 100 kg K 2100.—, Kastanien, Florentiner 100kg K 950.—, Carobe (Johannis-brot) 100 kg K 850.—, Hasel-nüsse, sicilische 100 kg K 2200.—, Haselnüsse, Iwanli-ner 100 kg K 1950.—, Hasel-nusskerne 100 kg K 3100.—, Orangen messinger per Kiste K 410.—, Tiroler Äpfel Edel-rot und Kalterer je nach Qualität, Karfiol in Stielen zu 27 Stück per Stelge K 260, offeriert **E. Stodry**, Prag II, Slovská 28. Telefon Nr. 7471. Lieferant der Grossverkauf-gesellschaft f. Konsumvereine in Prag. 295

Bürsten, Pinsel und Reisbesen
liefern in garantiert bester Qualität
Brüder Zappner,
Prag, Mikulašská 24.
Fabrik: Wrschowitz 666.
Mehlwürmer
per Schock 2 K 8 liefert nur per Nachnahme nicht unter 10 Schock Josef Hampl in Neusattl 531, b. Elbogen. 242

KOHLE-KOKS
in plombierten Säcken
Sooboda & finais
PRAHA, Jungmannova 3.
Telephon 553-5514. 333

in Friedens-Qualität wieder erhältlich.
Doferol-Tabletten
UNIO-WERKE
Ges. m. b. H. PILSEN.
Generalvertr.: Josef Pollak, Weinberge, Kessloch 3.
Telephon 210. 313

TATRA
Automobile der Nesseldorfer Wagenbau-Fabriks-A.G. in Nessels-dorf in MÄHREN
4-tonnige Lastautos mit und ohne An-hänger
4-tonnige Lastautos mit Spezialkaros-serie für Brottransporte.
Bei zahlreichen Arbeiter-Konsum-ver-einen mit bestem Erfolge im Betriebe.
Verkaufsbureau in Prag: Smichov, Nábř. Legi 28.

Herren- und Kinderanzüge
Billigste u. grösste Einkaufsquelle! Raglans, Mikado, Winterröcke, Pelze, Stoffgewän-der und Arbeiter-Anzüge auch Hosen offeriert nur en gros Erste Arbeiterbekleidungs-gesellschaft aus Prossnitz.
Hauptlager: Prag I., Mikulašská 23. 320

VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN
MAISON LOUVRE
PRAG, NARODNI TRIDA 20
STETER EINGANG VON NEUHEITEN TELEPHON: 7805 4642 ERSTKLASS. SCHNITT UND VERARBEITUNG
142

Reisstrohbesen
Bürsten u. Pinselfabrik Herrmann & Co.
Prag, Soukenická 7.
In sämtlichen Konsumvereinen erhältlich. 253

Drucksorten
aller Art, modernst ausgeführt liefert raschest die Druckerei der **TRIBUNA A.-G.**
Prag II., Karlovo nám. 15.
Telephon 3092. Voranschläge gratis. 3092. 147

Alle Arbeiterorganisationen

Weihnachts-Bücherausstellungen

erhalten auf Wunsch zu den denkbar günstigsten Bedingungen

Durch die Buchhandlung „Freiheit“, Teplich-Schönan, Theresiengasse 18.

Bei Bestellungen bitten wir um ungefähre Angabe des Umfangs der gewünschten Auswahl.

307

Bei Kopf-, Zahn- und Bauchschmerz, Ohnmachtsanfällen, Erbrechen, Magenkrampf und Rheumatismus verwendet das vorzügliche Hausmittel

„Diana-Franzbranntwein“.

Zu haben in allen Konsumvereinen.

215

Waisenvereine
erhalten auf die
Schuhe

BATA

für Schulkinder

15%

Ermässigung.

Bestellungen erledigt nur die
Zentrale in Zlin.

Grosse Weihnachtsokkassion
im ältesten und grösstassortierten
Seidenhaus Ephraim Löbl

Prag, Graben I.

320

SPIRITUS u. PRESSEFABRIK
Singer & Hamburger Olmütz

empfehlen ihre hochtriebkräftige,
lange haltbare, hochprima Hefe.

320

Riunione Adriatica di Sicurtà in Triest
Gegr. 1838. Vollständig eingezahltes Akt.-Kapital 10,500,000 Lir
Direktion für die Tschechoslowakische Republik in Prag II., Vrchlického sady 17.

**Grosser
Weihnachts-Verkauf**
hat eben begonnen!

Weberlei-Abteilung:

65 cm	Modedarchent, gedruckt	Kö 12.-	120 "	Kaliko für Bettlüber	" 18.-
73 "	Schnürlarchent, weiß	" 14.-	150 "	Bettuchleinen	" 40.-
70 "	Wäsche u. Blusenarchent	" 10.-	75 "	Hamburger Webe	" 12.-
70 "	Modedarchent, gewebt, schottisch	" 20.-	80 "	Chiffon	" 13.-
70 "	Darchent mit herrlichem Seideneffekt	" 22.-	120 "	Hosenwickel	" 28.-
70 "	Darchent, gewebt, Modedelour	" 23.-	120 "	Mattengradl	" 35.-
70 "	Modelanell, Double	" 25.-	80 "	Zefir	" 16.50
70 "	Hemdenlanell	" 12.-	80 "	engl. Zefir	" 19.-
70 "	Klanell, weiß, Kalmul	" 18.-	Herren- und Damenwollstoffe von bis	" 35.-	
50 "	Samt in allen Farben	" 40.-	45 cm	Leinenhandtuch, roh	" 12.-
120 "	Kanakas, blau oder rot gestreift	" 26.-	45 "	Leinenhandtuch, weiß	" 14.-
120 "	Inlett, gelb	" 25.-	50 "	Damasthandtuch, weiß	" 25.-
120 "	Inlett, rosa oder blau	" 30.-	120 "	Tischlüber und Garnituren von bis	" 150.-
				Taschentüber, weiß od. färbig, von bis	" 4.-
				Winterkopflüber von Kö 6.- bis	" 7.-
					" 16.-

Wäsche-Abteilung:

Wäsche für Männer, Frauen und Kinder:

Herrenhemden		Darchent	" 40.-
Kaliko mit Brust	Kö 32.-	Tricot von Kö 26.- bis	" 50.-
Klanell mit herrlicher Brust	" 40.-	Darchentunterröcke	Kö 45.-
Klanell, prima	" 55.-	Schürzen von Kö 25.- bis	" 45.-
Esaut	" 55.-	Herrenoberhosen, Jung u. Samt v. bis	" 130.-
Zefir, prima	" 50.-	Reste:	
Zefir, prima, gewaschen	" 60.-	Palet A 10 Meter Klanell und Darchent	Kö 115.-
Tricot von Kö 28.- bis	" 60.-	Palet B 15 Meter Blusenarchent und Hemdenlanell	Kö 190.-
Damenhemden		Palet C 20 Meter Darchent, Klanell und Webe	Kö 250.-
Klanell	Kö 30.-	Palet D 20 Meter Darchent mit Seideneffekt, Wäschebarchent, gewebt, Blusenlanell und Darchent, gewebt, besonders ausgesuchte, schöne Ware	Kö 350.-
Chiffon, Reform	" 32.-	1 Stück 20 Meter, 75 cm breit, Weihnachtswebe, prima	Kö 220.-
Leinen mit Kermelk	" 35.-	1 Stück 20 Meter, 75 cm breit, Weihnachtswebe, hochprima	Kö 260.-
Chiffon m. Stickerei v. Kö 42.- b.	" 55.-	Klanellbettuch, 2 Meter lang	Kö 40.-
Tricot von Kö 32.- bis	" 60.-	Leinenbettuch, weiß, 2 Meter lang und	" 56.-
Mädchen- und Knabenwäsche sowie Kinder- Tricotanzüge von Kö 10.- bis Kö 60.-		Damentrikotblusen	" 50.-
Herrenunterhosen		Roberte Seidenhalbschals	" 40.-
Darchent, blau von Kö 28.- bis	Kö 34.-	Stamin für 1 Kleid, nur färbig	" 100.-
Kalmul (weißlanell)	" 45.-		
Grabl, weiß mit franz. Curt	von " 42.- bis " 50.-		
Grabl, weiß mit Zug	von " 30.- bis " 50.-		
Tricot von Kö 26.- bis	" 32.-		
Griseit, roh, ungerauht	von " 45.- bis " 45.-		
Damenhosen			
Chiffon mit Stickerei	Kö 35.-		
Klanell	" 28.-		

OTTO KATZ, Weberlei und Wäschefabrik
PRAG I., Celetná 14 I. Stock.

Wir erzeugen wieder feinste
Theemargarine „SANA“
und vorzügliche

Tafelmargarine „AXA“
den besten, altbewährten Butterersatz
der Neuzeit in Friedensqualität.

Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín

Půjcovní 2.

269

Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan.

versichert günstig gegen Ableben, Brandschaden, Hagelschlag, Transportschaden- und Diebstahl, Einbruch, Glasschaden, gegen Betriebsstörungen infolge eines Brandes. Auf Verlangen sendet die Direktion Prospekte und Detailberechnungen. Telephone Nro. 1045, 5863 und 3417 (Transport-Abteilung).

327